

1091  
An die Kreisgewerkschafts-Kommission  
a. 21  
Fischhorn.  
Lastenstr. 87.  
Sozialdemokrat, ...  
Polizeipostamt: 37544.  
Inserate werden auf Tarif  
billig berechnet. Bei älteren  
Einschaltungen Preisnachlass.

# Demokrat

deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugs-Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzzährig . . . 192.—  
Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlieferung der  
Retourmarken.  
Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh.

2. Jahrgang.

Mittwoch, 29. November 1922.

Nr. 280.

## Die „Deutschblütigen“.

Die Vorlesungen an der Prager deutschen Universität sind am Montag wieder aufgenommen worden. Die „streifenden“ deutschcharakterigen Studenten haben über Anraten der Abgeordneten und Senatoren ihrer Parteien den Terror just im letzten Augenblick eingestellt, da die Universität und die Gesamtheit der Studenten unmittelbar vor der Gefahr dauernder Schädigung stand. Fast wäre man versucht, dieses Einlenken als ein Zeichen des erwachenden Verantwortlichkeitsgefühls anzusehen, wenn man nicht wüßte, mit welcher bodenlosen Trivialisierung der hakenkreuzlerischen Terror unternommen wurde, der Universität wie Studenten mit schwerem Schaden bedrohte. Wenn gleich ein solcher verhütet wurde, so haben die Deutschcharakter dem Kampf der Deutschen im Staate alles eher als genügt. Wer an die Stelle des Rechtes die Gewalt setzt, dem steht es über an, wenn er für das eigene Recht Schutz und Sicherung verlangt.

Dass der „Streik“ der Studenten mit einer schwebelichen Niederlage für sie geendet hat, darüber helfen ihnen alle starken Worte, mit denen sie sich selber die Blamage zu verfluchen suchen, nicht hinweg. Von der Ankündigung des „Kampfes“ bis zum vollen Siege, bis zur Mitteilung der „Streikleitung“, der Kampf sei in ein Stadium getreten, das „die vorläufige Einstellung unseres Ausstandes für gut erscheinen läßt“, ist eine Distanz, die keinerlei bombastische Redensarten auszufüllen vermögen. Da die Deutschcharakter mit ihrem zweiwöchigen „Streik“ nichts auszurichten vermochten, suchen sie nun doch wenigstens mit Drohungen großzutun. Die Streikleitung „hegte“ die „wohlbegründete Erwartung“, daß das Ziel, das sie erstrebte, in „allernächster Zeit“ erreicht wird und sollte das „wider Erwarten“ nicht geschehen, will sie „neuerlich zur Tat aufrufen“. Lassen wir die jungen Herren „hegen“, was sie wollen; wenn sie überhaupt fähig sind, zu lernen, so werden sie sich die empfangene Lektion zur Lehre dienen lassen. Ihr Versuch, die neubayrischen Methoden der Reaktion und die Sitten des Horthyregimes auf den Boden dieses Staates zu verpflanzen, ist mißlungen und er würde in Zukunft noch mehr mißlingen, auch wenn die deutschcharakterigen Studenten dabei auf die Mithilfe der tschechischbürgerlichen Reaktionen rechnen, wie aus den jahren Fäden, die sie bei ihrem Vortritt in die tschechischnationalen Redaktionen zu spinnen suchten, ersichtlich ist. Ihre schnoddrigen Drohungen werden umso weniger verfangen, als sie doch selber sehen mußten, daß ihre dreifachen Vorhaben — durch die sich die Bernegroße in den Mittelpunkt des Weltalls gestellt glaubten — nirgends im deutschen Gebiet die geringste Sympathie fanden, was sie selber in den Zeitungen feststellen mußten, indem sie schmerzbeengt die „deutsche Heimat“ anklagten, daß sie diese völlig im Stich gelassen habe. Wenn der „Streikausbruch“ nun sich ausbläht und trübet: „Der Ruf von unserer Tat ist weit über die Grenzen unserer Heimat gedungen“ und was dergleichen Aufschneidereien mehr sind, so belügt er sich selbst und macht von dem Rechte, sich lächerlich zu machen, einen ganz ungewöhnlichen Gebrauch. Das ist übrigens bei der Geistesverfassung der deutschvölkischen Herren nicht weiter erstaunlich. Wenn sich das Schmierenspathos des „Streikausbruchs“ zu der Ankündigung versteigt, daß es für die „Deutschblütigen“ nur eine Lebenslösung gibt: „Die Acten zu zertrümmern, in die die Auserwählten eines verbrecherischen Gottes unser armes Volk geschlagen“, so beweist das nicht nur, daß ihren Mitgliedern die Ideen einiger billiger, den Anschauungen ihres Talmt-Geschritten Chamberlain, nachgeäußter Broschüren unverdaut im Magen liegen, sondern auch ihre Unempfindlichkeit vor dem Gefühl der eigenen Väterlichkeit. Die Versicherung, daß die „Deutschblütigen“ zu anderen Göttern beten, war wirklich überflüssig, aber daß die Hindenburg und Ludendorff, die Horthy und Mussolini und die Arco, Stern und Fischer weniger „verbrecherisch“ sind, wird außer ihnen niemand be-

## Neue Sanktions-Drohungen.

Berlin, 28. November. (Eigenbericht.) Die außenpolitische Lage Deutschlands scheint sich wieder schlechter zu gestalten. Aus Paris wird offiziell gemeldet, daß die französische Regierung beschlossen habe, gegen Deutschland Sanktionen zu ergreifen, wenn nicht eine befriedigende Lösung der Reparationsfrage erfolgt. Wenn auch keine unmittelbare Gefahr für Deutschland vorliegt, da die Absichten der französischen Regierung darauf gerichtet sind, eine nachhaltige Wirkung auf die Mächte wegen der bevorstehenden Verhandlungen zu erzielen, so sind die Nachrichten schon jetzt geeignet, die außenpolitische Lage zu verschlimmern. Zwei Noten, die der

### Schwierige Ernährungslage.

Berlin, 28. November. (Eigenbericht.) Die Ernährungslage des Reiches gibt zu ersten Besorgnissen Anlaß. Es ist nicht daran zu denken, daß die Getreideumlage in vollem Umfang eingebracht wird. Man beabsichtigt, die Mehlsorten mit Kartoffelmehl zu kreuzen, die Regierung denkt aber nicht daran, die Agrarier und Kornbrenner zur Herausgabe des Getreides zu zwingen! Die Bevölkerung soll zur Vermeidung des Hungers herangezogen werden, dagegen wird man die kommunistischen Kontrollausschüsse nicht dulden, da sie vielfach großen Unfug herbeiführen, so in Wundorf (Hannover), wo die Menge den Schweinemarkt stürmte und 300 Ferkel gestohlen wurden.

## Französische Raubabsichten an Rhein und Ruhr.

### Schweres Mißtrauen gegen die Regierung Cuno.

Paris, 28. November. (Wolff.) Die gestern unter dem Vorsitz des Präsidenten der Republik Millerand stattgehabte Beratung im Elysee hatte nach dem „Matin“ die Prüfung der Maßnahmen zum Gegenstande, die ergriffen werden sollen, falls die Brüsseler Konferenz nicht zusammentreten oder ihr Ergebnis von der französischen Regierung nicht als der berechtigten Hoffnung entsprechend anerkannt werden sollte. Die gestern geprüften Maßnahmen umfassen namentlich eine Beschlagnahme (Mainmise) der augenblicklich besetzten rheinischen Gebiete, aus denen sämtliche deutschen Beamten ausgewiesen werden sollten, andererseits auch die Besetzung von mehr als zwei Dritteln des Ruhrgebietes, einschließlich Essen und Bochum, in dem Maße, daß Frankreich über die Steinkohle und über den metallurgisch notwendigen Koks verfügen könne.

Der „Reit Parisien“ schreibt, offenbar beeinflusst, er glaube zu wissen, daß die Konferenz der Prüfung der Reparationsfrage und den Maßnahmen. Im übrigen sei den „Deutschblütigen“ die Freude an dem Getöse, mit dem sie ihre Niederlage zu verdecken suchen, gerne gegönnt. Man hat für derartige taktische Maßnahmen längst die Bezeichnung „Rückzugstratagema“ geprägt.

In keinem erheblicheren Glanze stehen nach Beendigung der arischen Schulschwänzerie die, — wenn man auch nicht immer sagen kann: geistig, so doch körperlich erwacheneren „Deutschblütigen“ da. Ein Teil der zu Zeiten, da es keine Wahlen gibt, arischen Parteien — die sich übrigens zu Wahlszeiten Judentimmen gerne gefallen lassen — mochte das ruhmlose Ende des hakenkreuzlerischen Vorstoßes vorausahnen, darum hielten sich diese Parteien schon im Hintergrund. Das taten anfangs auch die Deutschgelben, bis sie darauf kamen, daß sich mit der Zurückhaltung der mit ihnen in der „Kampfgemeinschaft“ stehenden Deutschen Nationalpartei eigentlich gute politische Geschäfte machen ließen. Und so floge ihre Presse die der Deutschnationalen und Christlichsozialen vor den Studenten des Verrates an, wobei sie die Tapferkeit der Deutschgelben, die von allem Anfang an zu den Studenten gestanden habe, über den grünen Klee lobte. In der Dienstagausgabe ihres Hauptorgans behaupten die Deutschgelben, in dem „Geistesabwechsellampf“ habe „so ziemlich alles verfaßt“, zunächst die politischen Parteien, besser gesagt: die arischen Parteien! Außer ihnen, den Deutschgelben, seien, daß Gott erbarmt, alle anderen Parteien zu feige gewesen, ihre Sympathie mit den streifenden Studenten zu bekennen. Diese markigen Anti-

deutschen Regierung übermittelt werden sollen, erregen gleichfalls Beunruhigung. Die eine ist ein Protest gegen die Abführung von 300 Millionen Papiermark an die Flotte zum Wiederaufbau der Handelsflotte, deren Streichung aus dem Etat verlangt wird, die zweite enthält die Androhung von Sanktionen seitens der französischen Regierung. So hat das neue Kabinett gleich anfangs mit Schwierigkeiten zu kämpfen, und es wird sich zeigen, ob der Kanzler Cuno bei der Vertretung der Reichsinteressen ähnliche Umsicht an den Tag legen wird, wie sie ihm von seinen Freunden als Direktor der „Gazette“ nachgerühmt wird.

### Devilshaus.

Berlin, 28. November. (Eigenbericht.) Unter dem Eindruck der neuen Reparationsnoten sind die Kurse der ausländischen Devisen neuerlich in die Höhe gegangen, der Dollar stieg von 8004 auf 8753, das englische Pfund von 36.009 auf 39.401, der Schweizer Franc von 1491 auf 1640, die tschechische Krone von 250 auf 269.

### semiten schimpfen beim zehnten Glas Bier über die Juden, sonst aber sitzen sie hinter dem Ofen.

So äußert sich das deutschgelbe Blatt über die „grünen, schwarzen und sonstwie gefärbten Judenfeinde“, die sich selber nicht ernst nehmen. Das hindert die von den Deutschgelben so Verwachsenen nicht, mit ihnen und den deutschcharakterigen Hochschülern zusammen in den nächsten Tagen in Teplitz eine gemeinsame Versammlung zu veranstalten, in der sie sich einträchtig über die „Schuldigen“ am Zusammenbruch des Streiks unterhalten wollen. Das hindert die Abgeordneten der Kampfgemeinschaft auch nicht, den studentischen Hakenkreuzlern für ihren „tapferen Kampf“ den „immerwährenden Dank“ auszusprechen.

Der „Geistesabwechsellampf“ — es wurde selten unfreiwillig ein treffenderes Wort geschaffen als dieses — endet also mit einer allgemeinen Kapalsgerei der Deutschblütigen untereinander. Sie können mit Bitterkeit konstataren, daß ihr Bemühen, zu dem Schandtreiben der internationalen Reaktion auch ihr Scherlein beizutragen, ihnen keinen Nutzen gebracht hat. Das wird in Zukunft trotz aller Bramarbasieren, mit dem sie sich in ihrem Schmerz trösten, nicht anders werden. Die Hochschulen sind Gemeingut des ganzen Volkes und dürfen nicht weiter der Zummelplatz der reaktionären „arischen“ Bourgeoischölnlein sein. Eine Erneuerung des Versuches der Deutschblütigen, sich in den akademischen Hakenkreuzlern eine Art Hitlergarde nach bayrischem Muster zu schaffen, könnte leicht eine Antwort finden, auf die sie nicht gefaßt zu sein scheinen.

## Fortschritte der Gemeinwirtschaft.

Anmittelbar nach Beendigung des Krieges, da die Macht der Arbeiterklasse in bedeutender Weise gestiegen war, beschäftigte sich die politische Öffentlichkeit insbesondere in den besiegten Staaten mit dem Problem der Sozialisierung, der Ubergangswirtschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die wachsende Reaktion auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete hat jedoch allen Bestrebungen der Arbeiterschaft, die Sozialisierung des Wirtschaftslebens zu fördern, ein schweres Hindernis bereitet — bei unszulande ist der Sozialisierungsgedanke des Parlamentes schon über ein Jahr überhaupt nicht zusammengetreten. Angesichts dieses Stillstandes in den Sozialisierungsbestrebungen in der ganzen Welt, angefaßt auch der Rückkehr Rußlands zu kapitalistischen Formen des Wirtschaftslebens sind die Sozialisierungsversuche in Oesterreich, wo wenigstens die formaljuristischen Grundlagen der Sozialisierung vorhanden sind, von allgemeinem Interesse. Eine Broschüre des Genossen Ellenbogen (Die Fortschritte der Gemeinwirtschaft in Oesterreich, Wien 1922, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung) gibt uns einen lehrreichen Überblick über die Fortschritte der Sozialisierung in dem kleinen Lande.

Die sogenannten gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, die nach dem Zusammenbruch entstanden sind, haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Abgesehen von der Konkurrenz der kapitalistischen Betriebe, die kein Mittel scheuen, die gemeinwirtschaftlichen Anstalten niederzurängen, stehen die Anstalten dem geschlossenen Ring der Privatbanken gegenüber, die keine Kredite gewähren wollen, und einer Bürokratie, die mit innerem Widerstreben an der Förderung dieser Betriebe mitarbeitet. Die erste gemeinwirtschaftliche Anstalt, die sogenannte „Gewa“ eine Schuhfabrik, welche dem Staate, der Großhandels- und Konsumvereine und der landwirtschaftlichen Warenvertriebsanstalt gehört, hat im letzten Jahre über eine Viertelmillion Paar Schuhe erzeugt und einen Reingewinn von fast sieben Millionen abgeworfen. Die Schuhe, die dort erzeugt werden, sind durchschnittlich um 25 Prozent billiger. An sozialen Leistungen für die Arbeiterschaft wurden im Jahre 1921 22,5 Millionen Kronen ausgegeben. Auch die österreichische Heilmittelwerke, die der Staat mit dem Wiener Krankenhaus zusammen gegründet hat, wächst und gedeiht. Sie hat gleichfalls einen Reingewinn von mehreren Millionen abgeworfen und auf die Preise der Heilmittel verbilligt gewirkt. Vom Staate, dem Lande Steiermark und der Stadt Graz wurden im Jahre 1919 die steirischen Holzzeugwerke gegründet, die gleichfalls einen Millionenreingewinn abwarfen, vom Staate, der Großhandels- und Konsumvereine und der schon genannten Warenvertriebsanstalt die österreichische Wäsche- und Bekleidungs-A.G., welche die von ihr erzeugten Waren an die Konsumenten um 20 Prozent unter dem Preis des freien Marktes abgibt. Eine ganz besondere Entwicklung hat die gemeinwirtschaftliche Siedlungs- und Wusthofanstalt Geseba genommen, die in der Errichtung von Wohn- und Wirtschaftssiedlungen, in der Finanzierung von Bauvereinigungen großes geleistet hat. Die größte gemeinwirtschaftliche Anstalt sind jedoch die österreichischen Werke, die mehr als dreitausend Arbeiter beschäftigen, die Werkzeug- und Jagdwaffen, landwirtschaftliche Maschinen und Wogen erzeugen, eine Bau- und Möbelfabrik, Schmiede, Schlosserei, Zätlerei, Druckerei und ein Kraftwerk sich angegliedert haben. Wie dort gearbeitet wird, geht daraus hervor, daß es gelungen ist, die Arbeitszeit zur Herstellung einer Pistole von ursprünglich 62 auf 15 Stunden herabzusetzen. Der Reingewinn betrug im letzten Jahre über 50 Millionen. Weiters sei noch angeführt das Wasserkräftwerk Blumau, die Flugzeugfabrik Fischamend, eine Holzmarktgesellschaft sowie die Wiener Holz- und Kohlengesellschaft, die Wiener Lederwerke, die Zinn- und Kupferwerke und die chemischen Werke Soltau. In der jüngsten Zeit hat die vom Zentralverband der Bauarbeiter gegründete Baugilde „Grundstein“ eine rasche Entwicklung genommen, die alle Arten von Bauarbeiten durchführt und eine wesentliche Verbilligung des Bauens durch die sogenannte Siedlerarbeit (in der Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf-Hegenbrunn haben die Siedler 64 Prozent der Arbeitsstunden aufgebracht), durch sparsame Bauweise, Ausschaltung des Unternehmers- und Händlergewinnes, Typisierung, bessere Ausnutzung des verdorbenen Raumes, usw. erzielt hat. Der „Grundstein“ verfügt schon heute über 1200 Arbeiter.

Daraus ist ersichtlich, daß trotz der Ungunst der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse unsere österreichischen Genossen auf dem Wege zu

# Fortsetzung der Spezialdebatte im Abgeordnetenhaus.

Sozialisierung nicht erlahmen. Genosse Ellenbogen sieht die Zukunft der gemeinwirtschaftlichen Anstalten darin, daß sie sich in enge Verbindung mit der Genossenschaftsbewegung und den Gemeindeverwaltungen setzen. Ein eigenes Kreditinstitut wird die notwendigen Kapitalien herbeischaffen müssen. Bemerkenswert erscheint uns auch, daß das Betriebsrätewesen in den gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen auf einer weit höheren Stufe steht als in der Privatindustrie. Die Betriebsräte der gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen wählen einen technischen Referenten, einen für Arbeiterschutz, einen für Lohn- und Arbeitsfragen und einen für Steuerwesen und setzen Unterausschüsse ein für Organisation und Bilanz, für Wohlfahrtsleistungen und für Beihilfenwesen. Im Arsenal haben die Betriebsräte eine technische Schule eingerichtet, welche eine für Mechanik, eine Maschinenbetriebsleiterlehre, einen Spezialkurs für Mathematik und Mechanik und eine Fachschule für Holzbearbeitung umfaßt. Der Betriebsrat des Arsenals hat eine Bibliothek mit etwa vierhundert Bänden, die im letzten Jahre über 15000 Entlehnungen aufwies.

Wenn auch gegeben werden muß, daß die gemeinwirtschaftlichen Anstalten nur einen kleinen Teil der gesamten industriellen Produktion Oesterreichs umfassen, so wird an ihrem Beispiel doch in einwandfreier Weise die Lebensfähigkeit der sozialistischen Produktion vorgeführt. Wenn auch in kleinem Rahmen, entstehen hier die organisierten Formen sozialistischer Betriebe, was für die Kenntnis des Aufbaues der sozialistischen Produktion und des Weges zum Sozialismus überhaupt von der allergrößten Bedeutung ist. Den österreichischen Genossen gebührt das Verdienst, der internationalen Arbeiterbewegung einen lehrreichen Anschauungsunterricht in der Sozialisierung der Produktion im kleinen Maßstabe gegeben zu haben.

## Politische Zustände in Irland und Polen.

Die gewitterschwüle Stimmung, die über Irland und Polen lastet — in dem einen Lande, weil die Anhänger der vollen Freiheit und die einer Verständigung mit England ihren Streit mit Pulver und Dynamit austragen; im andern Lande, weil das polnische Herrschvolk die Fiktion des „Nationalstaates“ mit allen Gewaltmitteln aufrecht zu erhalten trachtet — diese spannungsgeladene Stimmung entläßt sich augenblicklich in einer Reihe von Verbrechen der Herrschenden. Eben las man noch mit Schauder, daß die verfassungsfreundliche irische Regierung drei Soldaten der revolutionären Armee de Valera's hinrichten ließ, nicht etwa, weil sie auf Mord und Brandlegung erpapt, sondern nur, weil sie mit Waffen in der Hand angetroffen wurden, und schon meldet der Draht die Hinrichtung des revolutionären Generals Chliska aus dem gleichen Grunde: er führte eine Maschinenpistole mit sich. Dieser General, Engländer von Geburt und namhafter Schriftsteller, stellte sein Dasein in der heißesten Idealismus in den Dienst des irdischen Freiheitskampfes und muß nun wider alles Recht und Gesetz durch die Hand derer fallen, für deren Freiheit er kämpfte. Als Staatsbürger des englischen Imperiums hätte ihn der Stolz Englands, die Habeas-corpus-Akte, bevorzugen müssen, seinen ordentlichen Richtern entzogen und vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden; und erkennt ihn die irische Regierung nicht mehr als Staatsbürger an, so war er Kriegsgefangener und als solcher erst recht vor dem Tode geschützt. Der nackte Rechtsbruch weist in Irland stürmische Empörung und ist, wie während des Krieges die Ermordung Dr. Roger Casements durch die Engländer, geeignet, Tausende Irländer aus dem Lager der Regierung in jenes de Valera's zu jagen, zumal auch der Hungerstreik der Gattin Wae Swinness, des Bürgermeisters von Cork, der auf die gleiche furchtbare Art zugrunde ging, die Gemüter der Regierung entzündet. Sie hat in Irland das verhasste Erbe der Briten und ihre grauen Methoden übernommen und kann darunter leicht zusammenbrechen.

In Polen wieder sucht man den Unabhängigkeitsdrang der Ukrainer durch Monstreprozesse zu dämpfen, denen jeder Schein einer Berechtigung fehlt, und die Autonomiebewegung in Ostgalizien durch den blichen Schwere zu unterdrücken. Durch Koschepiel brachte man es herbei, daß sich am 30. Oktober 1921 kommunistische und sozialistische junge Leute in einer Privatschule verammelten, die zum Baukomplex der griechisch-katholischen Georgskirche in Lemberg gehört. Diese harmlose Tatsache genügt, um gegen 26 der Versammelten die Anklage wegen Hochverrats zu erheben und ein Verhaftungsgeld einer ukrainisch-kommunistisch-griechischkatholischen Versammlung zu wehen. Hochverräter sind die jungen Leute, weil sie sich — man höre — „ungesetzlicher Weise versammelten“ und weil sie kommunistischer Gesinnung sein sollten! Dafür will man sie zum Tode oder lebenslangem Verbanne verurteilen, obwohl die politische Verfassung Versammlungsfreiheit und Freiheit der politischen Ueberszeugung garantiert! Unter solch niederträchtigem Vorwand und auf Grund gefälschter oder erpresster Protokolle verurteilt man die Untersuchungsbehörden läßt sie halb verhungern und an Krontribunalen elend zugrundegehen! Aber dieses Schandverfahren wird gewiß keinem Europäer, so fern das auch die politischen Nachbarn hätten, den Glauben an eine ukrainisch-kommunistische Verschwörung wehren, sondern es wird nur die Ueberszeugung berechtigen, daß Polens herrschende Klasse bis in die Knochen korrupt und gewalttätig ist.

Die Budgetdebatte, die am 16. November ihren Anfang nahm, nähert sich nunmehr ihrem Ende. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über die wirtschafts- und sozialpolitische Gruppe fortgesetzt und die Punkte Handelsministerium, Post und Telegraphen, Eisenbahnen, Landwirtschaft, öffentliche Arbeiten und soziale Fürsorge behandelt. Es verbleibt für die heutige Sitzung noch das Ernährungs- und Volksgesundheitsbudget, worauf man um vier Uhr zur Abstimmung schreiten dürfte.

Von unseren Genossen gelangten gestern Abgeordneter Hirsch, der die Untätigkeit der Regierung bei der Wirtschaftskrise geißelte, Abgeordneter Grünzner, der das Schlagwort von dem Ueberfluß an Eisenbahngestellten, mit dem die Bürgerlichen hausieren

gehen, ins rechte Licht stellte, Abgeordneter Palme, der sich der Armut der Armen, der Kriegsbeschädigten annahm und Abgeordneter Roscher, der von der Regierung einen größeren Arbeiterschutz verlangte, zu Worte.

Unter den Koalitionsparteien herrschte wegen der gegenseitigen Angriffe der koalitierten Presse eine gewisse Nervosität. Der 25-gliedrige Ausschuss der Koalitionsparteien hat daher eine Fünferkommission eingesetzt, die in Verbindung mit den Journalisten der koalitierten Presse treten soll, um persönliche Streitigkeiten und überflüssige Polemiken zu vermeiden. Auch die Provinzpresse der Koalition soll in ein freundschaftlicheres Verhältnis gebracht werden! Es handelt sich hier nur um eine Ueberschauung der Koalitionspresse durch die Parlamentarier.

Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 15 Minuten. Zunächst leistet Abg. Robert Fajula, der an Stelle des Abg. Kovacic (tschechischer Sozialdemokrat) tritt, der sein Mandat niedergelegt hat, den Abgeordneten Eid. Abg. Schubert (Bund der Landwirte): Das Gesetz, betreffend die Aenderung der Gemeindegrenzen, ist ein schweres Unrecht, da es nur dazu dient, die Gemeinden an der deutschen Sprachgrenze zu vergrößern. Die Krise der Landwirtschaft steigert sich von Tag zu Tag. In Sachen der Sozialversicherung müssen wir verlangen, daß auch die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Gewerbe- und Handelsreisenden einbezogen werden. Wir wünschen, daß an dem Grundgesetz festgehalten wird, daß die selbständig Erwerbenden eine besondere Regelung finden und verlangen die Trennung der Sozialversicherungsanstalt in eine deutsche und tschechische Sektion.

Abg. Kretschy (tschech. Sozialist) verlangt eine Steuerreform und wünscht, daß der Staat die Interessen der wirtschaftlich schwachen Schichten stärker schütze.

Abg. Füssy (Ungarische Kleinbauernpartei) kritisiert die Durchführung der Bodenreform und beklagt sich über die schlechte Lage der Weinbauern.

Abg. Prokes (tschechischer Sozialdemokrat) verweist auf die traurigen Folgen der Arbeitslosigkeit im industriellen Gebiet der Tschechoslowakei, in der Osttrauer Gegend, in der die Krise eine furchtbare Ausdehnung angenommen hat. Im ganzen Osttrauer Gebiet herrscht Totenstille; das Elend der Arbeiterschaft ist entsetzlich. Redner warnt die Regierung vor einer Politik, die den Verlust der Industrie bedeuten würde. Zum Schluß verlangt er von der Regierung eine bestimmte Erklärung darüber, was sie zur Verringerung der Not tausender Arbeiter zu tun gedenkt.

Abg. Kubis (slowakische Volkspartei) nennt den Dr. Erzbach einen Verräter der Slowakei, wofür er vom Präsidenten Tomasek einen Ordnungsruf erhält.

Abg. Ralkl (tschechischer Agrarier) singt das hohe Lied von der Not der Agrarier und verlangt sofort die Elektrifizierung Südmährens.

**Abgeordneter Genosse Hirsch** kritisiert die Untätigkeit der Regierung bei der Bekämpfung der Krise. Von Seite der Regierung hört man: „Die Krise ist eine „Gesundungskrise“. „Ein Glück, daß sie jetzt gelassen ist.“

„Die Valuta ist gestiegen“ u. s. w. Die Schieber, die Bankokratie hat sich bereichert, sowohl beim Fallen als auch beim Steigen der Valuta, durch geschickte Finanzoperationen zum Schaden vieler Menschen. Die Geldleute und Spekulanten haben wohl unerhörte Gewinne gemacht, aber dem Lande ergibt sich als Folge der Niederrück der Wirtschaft und in deren Gefolge das Elend der Arbeiterschaft. Die Teuerung im Lande ist ungemindert. Es sei zugegeben — das ist wohl heute unbestritten, daß die Begrenzung des Notenaufsaufs durch Kasin der Wirtschaft von Nutzen sein konnte und kann. Sicher ist aber, daß diese Finanzoperationen, wie sie alle durch das Finanzministerium geschehen, doch nur die formale Seite des Problems darstellen. Mit anderen Worten: Banknoten können nur gedruckt und in Umlauf gesetzt werden, wenn der Gegenwert in der Produktion vorhanden ist. Das Geld hat an sich keinen Wert, schafft keine Werte, kann nur Ausgleichsmittel beim Austausch der Produktion sein. Ausgabe von unbedeckten Noten führt zum Zusammenbruch der Wirtschaft. Bei der Kürze der Zeit, die mir zur Verfügung steht, kann nicht erörtert werden, welche Parteien sich zeigen bei der Abstempelung des Geldes, beim Zurückhalten von Geldern, beim Einziehen des Hartgeldes, bei der Nichtlösung der Kriegsanleihen usw. Wie wirken diese Maßnahmen auf Handel und Industrie? Nur die produktive Arbeit schafft Werte, es kann nur konsumiert werden, wenn produziert wird. Stodt die Produktion, so nützen auch die höchsten Valuten nichts, so nützen alle Stützungsaktionen nichts, dann geht es die schief Ebene wieder hinab, auch wenn man der

Welt eine aktive Handelsbilanz vorzuzieht. Die Produktion ist also das Primäre, Finanztechnik und Handel sind von sekundärer Bedeutung.

Die Frage ist die: War Kasins Finanzpolitik für die Massen von Nutzen? Es ist durch die Tatsachen erwiesen, daß sie schlecht war. Wir haben ein großes Industrieproletariat und müssen exportieren oder die Menschen müssen verhungern oder auswandern. Wir sehen einen großen Strom von Menschen sich aus der Slowakei ins Ausland ergießen, wir sehen die Industrie in die Nachbarländer abwandern. Kurz sei auch auf die Vorstellungen von Industriellevertretern beim Handelsministerium verwiesen, wobei Minister Kovac erklärte:

„Bis Ihr die Hälfte sein werdet, wird es Euch besser gehen.“

Wenn man die Rückentwicklung zum Agrarstaat will, dann möge man es doch endlich klar und deutlich aussprechen. Die Politik unserer Staatspolitik ist Entente politik. Unsere besten Abnehmer, unsere Nachbarn und vor allem Deutschland, treiben wir so von uns weg. Unser Handelsministerium macht diese Politik mit. Die Nachbarn werden durch die Entente politik zahlungsunfähig, viele unserer Industrien dadurch schwer geschädigt. Erinnern wir uns nur an die Zahlungsunfähigkeit einer Reihe von Abnehmern in den umliegenden Staaten, wodurch unsere Industrie und unser Handel schwer betroffen werden. Die Politik, die man als die Siegerpolitik bezeichnet, ist nicht Handels-, ist nicht Friedenspolitik, es ist die Fortsetzung des Wirtschaftskampfes, des Wirtschaftskrieges. Die Handelsverträge, die mit dem Westen abgeschlossen wurden, brachten uns keinen Nutzen, sondern nur Schaden.

Mit unseren Nachbarn im Osten wurden die Handelsverträge viel zu spät abgeschlossen. Es sind eigentlich nur Scheinverträge, die nicht das erfüllen, was gewünscht wird, die den Bedürfnissen der Industrie und dem Austausch der Produkte nicht entsprechen. Ich meine, die Wirtschaft kann nur gedeihen, wenn sie frei von allen Fesseln sich entfaltet; Warenverkehr, Warenaustausch, also Öffnung der Grenzen.

**Nicht Hochschutzzölle, sondern Freihandelswirtschaft.**

Im Lande selbst müßte eine vernünftige Tarif- und Verkehrs politik gemacht werden. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes, Verbesserung des Post- und Telegraphenwesens, aber nicht etwa nach strategischen Gesichtspunkten, sondern damit die Produkte in alle Gebiete und Teile des Landes zu billigen Tarifen rasch und sicher geleitet werden können. Wir brauchen verbilligte Produktion. Die Voraussetzung hierfür ist aber die Beseitigung der rückständigen Fabrikmethoden, wie wir sie haben und moderne Einrichtungen.

Man fordert die Verlängerung der Arbeitszeit von den unterernährten Arbeitern. Das soll also das Allheilmittel zur Rettung der Wirtschaft sein. Tausende parasitäre Existenzen laugen am Volkskörper, die Banken tun das übrige, um die Massenverarmung der Völker, die die Vermehrung der Kientkapitalien zur Folge hat, zu fördern. Man denke nur an die letzten Ausweise einer Anzahl von Banken, deren Gewinne in die Hunderte von Millionen gehen — aber es fällt den Banken trotzdem nicht ein, auch ja nur den Rinsfuß herabzusetzen, damit eine Erleichterung für die Kreditgewährung, damit eine Förderung der Industrie und des Gewerbes herbeigeführt werde.

Die bisher angewendeten Methoden verfolgen, der Niederrück der tschechoslowakischen Wirtschaft ist unausweichlich,

wenn nicht andere Methoden zur Anwendung kommen. Wir fordern besondere Berücksichtigung der Interessen der arbeitenden Klassen, wie fordern bei der Beratung des Posttariffes, der Frachttariffe, gehört zu werden, wir fordern im besonderen zur Vertretung der Interessen der breiten Massen Arbeiter- und Angestelltenkammern. Wir fordern die Handelsinspektorate, die vollständige Sonntagsruhe, die einheitliche Regelung der Ladensperre unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitszeit, Hilfe für die Masse der Angestellten durch besondere

Schutzbestimmungen gegen die Kündigungspolitik. Wir fordern die Stabilisierung der Krone, eine moderne Steuerpolitik, wir verlangen die planmäßige Bewirtschaftung, die Beseitigung der Privatwirtschaft, Arbeit im Sinne der Sozialisierung. Wir sind der Ueberszeugung, daß der bisher eingeschrittene Weg falsch ist und ins Verderben führt.

Gegen die gewalttätigen Methoden, die hier angewendet werden, gegen den Mißbrauch der Demokratie, die hier zur

### Scheindemokratie

entartet ist, wenden wir uns mit aller Energie. Pöbeln kann uns nur wahre und aufrichtige Demokratie, durch die die Mitbestimmung und Mitentscheidung der breiten Massen gesichert ist. Soll die Wirtschaft nicht verfallen, und sollen die Völker nicht verelenden, dann darf nicht das Interesse des Großkapitals, des Oligarchismus, der Machtpolitik, entscheiden, sondern das Interesse der produktiv schaffenden manuellen und geistigen Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Becla (tschechischer Nationaldemokrat) wünscht, daß die Arbeit der Techniker mehr bewertet werde als bisher.

Abg. Mikulicek (Kommunist) befaßt sich mit der Bodenreform und mit der Wirtschaft in der Spiritalkommission, durch die der Staat um 335 Millionen Kronen gekommen ist.

Abg. Dr. Raurail (tschechische Volkspartei) erklärt unter lautem Gelächter der Kommunisten, daß er auf die Ausführungen des Abg. Mikulicek, der auch über den Krach der Mährisch-Schlesischen Banken gesprochen hat, überhaupt nicht reagiert.

Abg. Kötter (Bund der Landwirte) erklärt, man habe bei der Aufstellung des Voranschlags die Zahlkraft der Steuerträger gar nicht in Erwägung gezogen. Mehr denn je, wenn man die Wirtschaftskrise im Betracht zieht, muß der Ruf nach Einlösung der Kriegsanleihe erschallen. Ein Finanzminister, der diesen Weg nicht finden kann, gehört nicht auf diesen Posten. Wenn dieser Weg aber gefunden ist, und er ihn nicht betreten will, so ist das eine Gaunerei. Der Vorsitzende, Vizepräsident Barival, ruft den Redner für diesen Ausdruck zur Ordnung.

Abg. Pechmann (tschechische Sozialistin) befaßt sich mit der Stellung der Frau im Staatsdienst.

### Abgeordneter Genosse Grünzner:

Das Gesamtergebnis an Personalauslagen im Eisenbahnbudget für das Jahr 1923 gegenüber dem Vorjahre beträgt somit nicht weniger als 348,642.000 Kronen. Der geringere Bedarf gegenüber dem Vorjahre wird im Voranschlag mit der notwendigen

### Reduktion der überzähligen Kräfte

begründet. Da kommen wir zu dem wundesten Punkte dieses Kapitels. Den Herren Dr. Kasin und Dr. Kramar ist es durch Agitation gelungen, die Meinung zu erzeugen, daß bei den Eisenbahnern viele Tausende an überzähligen Kräften vorhanden seien, was sich sogleich als leere Phrase erweisen wird, wenn wir zu der Frage der Erholungsurlaube des Eisenbahnerpersonals und zu den Dienststurnüssen übergehen. In diesem Jahre haben Tausende von Eisenbahnerbediensteten ihre Erholungsurlaube nicht konsumieren können mit der Begründung, daß keine Substitutionen gestellt werden können, das heißt mit anderen Worten, daß nicht genügend Personal da sei, um die Bediensteten die praktisch zugesicherten Urlaube auch tatsächlich konsumieren lassen zu können. Mit den Dienststurnüssen steht es ebenso. Die ganze Agitation der Herren Dr. Kramar und Kasin, hinter der sich das gesamte Bankkapital verbirgt, läuft auf nichts anderes hinaus, als

den Achtstundentag bei den Eisenbahnen zu durchbrechen und zulässige zu beseitigen.

Herr Dr. Kramar hat sich die Sache sehr einfach gemacht. Er hat sich im Eisenbahnministerium durch hiesige anderseits Beamte eine Statistik ausstellen lassen, mit der ist er in die Sparungskommission gekommen und hat so einen Ueberfluß von nicht weniger als 24.965 Bediensteten ausgewiesen. Dabei beruft man sich auf Fachmänner! Ja, Fachmänner führen eine andere Sprache. Fachmänner sagen, daß der Personalstand nicht ausreicht.

**Wir haben Mangel an Professionisten in den Werkstätten, an Heizern, Lokomotivführern usw.**

Man kann bei den Eisenbahnern mit der Statistik überhaupt nicht operieren. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß die Statistik, mit der hier der Bogenbeweis geliefert werden soll, aus dem alten Oesterreich aus jenen Zeiten stammt, wo auf den Eisenbahnen noch überlange Arbeits- und Dienstzeiten bestanden haben. (Zustimmung.) Wir haben heute das Achtstundengesetz. Wenn das Achtstundengesetz restlos durchgeführt wäre, würde der Personalstand, der heute bei den Eisenbahnen ist, nicht ausreichen. In dieser Statistik vom 1. Oktober weist also Dr. Kramar 176.000 Bedienstete aus. Das war am 1. Oktober 1921. Seit dieser Zeit sind schon viele Tausende Bedienstete weniger, und zwar beträgt der heutige Stand des Eisenbahnerpersonals 160.000 Bedienstete.

**Die Bilanzpolitik gegen die Personalverleumdung.**

Ein weiterer Dorn in den Augen der Herren Kramar und Kasin sind auch die Vertretungen der Eisenbahner, insbesondere der Zentralauswah

beim Eisenbahnministerium. Im Voranschlag für 1923 sind nicht weniger als 150.000 K von den 250.000 K Gesamtausgaben für diese Ausschüsse gestrichen worden, jedoch nur mehr die Summe von 120.000 K für das nächste Jahr veranschlagt ist. Es wird nun im Voranschlag gesagt, daß die Herabsetzung dieser Summe damit begründet notwendig erscheint, weil das ununterbrochene Leben dieses Ausschusses nicht notwendig sei. Man will diesen Ausschuss, der jetzt das ganze Jahr hindurch von Dienstag bis Freitag getagt hat, nur mehr eine gewisse Zeit im Jahre tagen lassen. Wir fordern im Interesse des Personals, daß der frühere Zustand beibehalten und die gestrichenen 100.000 Kronen wieder ins Budget eingestellt werden. Die Eisenbahnbediensteten werden es sich nicht gefallen lassen, daß ihnen ihre Erwerbschancen genommen werden.

Eine weitere Sache, die ich hier besprechen muß, sind die zurückgehaltenen 40 Prozent an Aktivitätsbezüge, die seinerzeit nach dem Umsturz ex officio entzogenen Eisenbahnbediensteten. Bis zum heutigen Tage sind die 40 Prozent, die die Bahnverwaltung den entzogenen Eisenbahnbediensteten, die später wieder eingestellt wurden, zurückgehalten hat, noch immer nicht nachbezahlt worden. Der Zentralvertrauensmännerratsschuss im Eisenbahnministerium hat einen Antrag in diesem Sinne beschloffen und die Sache wurde auch vom Eisenbahnministerium dem Finanzministerium zur Erledigung überwiesen. Dort liegt nun der Antrag seit vielen Monaten vergraben. Ich fordere von dieser Stelle aus die Regierung auf, diese widerrechtlich zurückgehaltenen 40 Prozent an Bezügen den Betroffenen endlich zur Anweisung zu bringen.

Eine weitere Angelegenheit sind die Dienstprüfungen des deutschen Personals und überhaupt jenes Personals, das der Dienstsprache nicht mächtig ist. Gleich nach dem Umsturz wurde vom „Narodni vybor“ eine Verordnung ausgegeben, die die definitive Anstellung jener Bediensteten regelte, die zwar die Dienstprüfung in ihrer Muttersprache mit gutem Erfolg abgelegt haben, aber eine Prüfung über ihre tschechischen Sprachkenntnisse noch nicht ablegen konnten, für die Termine 1. Jänner und 1. Juli 1921 noch definitiv angestellt werden können, wenn sie diese Sprachprüfung in dieser Zeit nachholen. Wir haben im Vorjahre eine umfangreiche Eingabe seitens unseres Verbandes dem Eisenbahnministerium überreicht. Ich habe sie persönlich dem damaligen Eisenbahnminister Sramek eingehändigt. Wir haben in ihr auch noch auf die Ereignisse hingewiesen, die sich am 3. August in Aussicht und auf der Auffig-Teplitzer Bahn abgespielt haben. Wir haben in dieser Eingabe verlangt, daß mit uns Verhandlungen gepflogen werden. Wir haben weiter gefordert, daß die Schuldigen von damals, die chauvinistischen Kräfte, die von der Strecke Roudnice, Lubowitz nach Auffig gefahren sind, ausgeforscht und bestraft werden sollen.

Wir haben darauf keine Antwort bekommen. Der gewesene Eisenbahnminister Sramek, den ich nicht weniger als fünfmal aufgefordert habe, diese Verhandlungen endlich einmal einzuleiten, hatte natürlich niemals Zeit dazu. Endlich, im Oktober d. J. bekommen wir vom Eisenbahnministerium auf unsere damalige mit vielen hundert Beweisen belegte Eingabe eine Antwort, in der es natürlich wie immer üblich heißt: „Es wurde erhoben, es wurde festgestellt, daß der betreffende Bedienstete oder die betreffenden Bediensteten selbst schuld seien, daß sie noch nicht angestellt sind“ u. dgl. mehr.

Was an Lokalbahn gebaut worden ist, sind Linien in der Slowakei und Karpatenland, die aber nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus strategischen Gründen gebaut wurden. Das Eisenbahnministerium steht noch immer auf dem Standpunkte, daß Lokalbahn nur dann und nur dort gebaut werden, wenn und wo die Interessen 30 Prozent der Baukosten aufbringen. Die Gemeinden haben aber kein Geld, um diese Beträge beistellen zu können. Der Staat behält ihnen die Steuergelder vor, und so sind die Gemeinden außerstande, die nötigen Mittel aufzubringen. Es sind seit Jahren Lokalbahnprojekte fertiggestellt, transportiert und politisch begangen und trotzdem konnten sie bis heute nicht gebaut werden, nur weil die Gemeinden die 30 Prozent Baukosten nicht aufbringen in stande sind. Ich verweise da nur z. B. auf das Lokalbahnbauprojekt

**Kleinbahn Tysa—Peterwald,** dessen Durchführung schon seit mehr als 20 Jahren geplant ist. Auch da steht es so, daß diese Lokalbahn heute nicht in Bau vergeben werden kann, weil die Interessenten die 30 Prozent der Baukosten nicht aufbringen können. Der Bau dieser Lokalbahn ist eine dringende Notwendigkeit im Interesse der Industrie und der Bevölkerung der großen Ortschaften Tysa und Peterwald, die stundenweit bis zur nächsten Eisenbahnstation Königswald und Telnitz haben. Wir fordern daher von der Regierung die Vorlage eines Lokalbahnbauprogrammes sowie die Durchführung aller baureifen Lokalbahn (Lebhafter Beifall.)

Abg. Koubelka (tschech. Sozialdemokrat) erklärt, daß die Kommunisten, wenn sie echte Marxisten wären, einsehen müßten, daß sie sich geirrt haben, so wie dies Marx und Engels im Jahre 1849 getan haben.

Abg. Nogh (Kommunist) gibt die Zahl der Arbeitslosen in der Slowakei mit 80.000 an.

Abg. Topol (tschech. Agrarier) erklärt, die Agrarier würden nicht zulassen, daß die landwirts-

# Das Halentrennungswesen an den Wiener Hochschulen.

## Nachahmung des Prager Beispiels.

Wien, 28. November. (Eigenbericht.) Die Universität war heute gesperrt, da die deutschnationalen Studenten erklärt hatten, daß sie die Vorlesungen verhindern würden. In der Frühe hatten sich vor den Hochschulen, und zwar nicht nur vor der Universität, sondern auch vor der technischen Hochschule und vor der Hochschule für Welthandel, die ebenfalls gesperrt waren, zahlreiche Studenten eingefunden. Die Deutschnationalen besetzten die Zugänge. An den Eingängen waren Kustrer angeschlagen, in denen die Wohl des Juden Steinherz zum Prager Rektor als Beschimpfung der deut-

lichen Studentenschaft bezeichnet wird. Vor dem anatomischen Institute in der Währinger Straße kam es zu Zusammenstößen zwischen den Deutschnationalen und den Jüdischnationalen. Am Vormittage fanden vor dem Rektor Verhandlungen zwischen den jüdischnationalen und den deutschnationalen Studenten statt. Die Jüdischnationalen hatten nämlich die Vorgänge in der Hochschule für Welthandel als Laubbüberei bezeichnet und darauf verlangt die Jüdischnationalen Genehmigung. Die Universität dürfte wahrscheinlich auch morgen noch gesperrt sein.

schaflichen Produkte gegenüber den Industrieprodukten unterschätzt würden.

### Abgeordneter Genosse Palme.

#### Das Gesetz über die Versorgung der Kriegsbeschädigten

Am 20. Jänner 1920 wurde am 25. Jänner d. J. novelliert und damit noch einige verschiedene Verbesserungen in den Bezügen erreicht. Nach den Berechnungen müßten diese im neuen Budget mit einem Mehraufwand von mindestens 100 Millionen Kronen in Rechnung gestellt sein; sonderbarerweise finden wir jedoch, daß für die Gebühren der Kriegsverletzten die gleiche Summe wie im Vorjahre eingestellt wurde. Nach den Erläuterungen des Staatvoranschlags für 1923 leben in der Tschechoslowakei 701.400 Menschen, die als Kriegsoffer anzusehen sind. Eine Summe von 100 Millionen kommt also zum Fehlen, von der man nicht weiß, in welcher Form sie gedeckt werden soll. Sollte dieses Mehrerfordernis vielleicht wieder dadurch erspart werden, wie es bisher geschehen ist, daß man die Ansprüche auf Renten in den Aemtern einfach liegen läßt und nicht erledigt?

Wir sehen ferner bei der Post „Allgemeine Ausgaben für Kriegsverletzte“ gegenüber dem Vorjahre eine um 21.950.000 Kronen geringere Summe eingestellt. Diese Streichung ist nicht bei den gewöhnlichen Gebühren, sondern hauptsächlich bei der Heilbehandlung und Fürsorge für amputierte Kriegsbeschädigte geschehen.

Im Jahre 1922 sehen wir für Heilbehandlung noch einen Betrag von 19,5 Millionen Kronen eingestellt, für 1923 finden wir nurmehr einen Betrag von 1,850.000 Kronen. Die monatliche Rente eines Kriegsbeschädigten beträgt heute 225 Kronen. Mit einem solchen Betrage ist es absolut unmöglich, die Kosten der Heilung zu bedenken, die heute täglich mit mindestens 30 bis 50 Kronen zu bemessen sind. Das liegt klar auf der Hand.

Bei der charitativen Fürsorge waren im Vorjahre noch 11,6 Millionen Kronen zur Verfügung, heuer sind um 3,3 Millionen weniger. Man rechnet hier schon mit einer Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, Verminderung der Teuerung, die es nicht mehr notwendig machen, soviel auszugeben. Der heute weiß, in welcher Not die Menschen leben, wird das als Unrecht befinden, was auch in dieser Verminderung der Summe enthalten ist. Für die Schulung der Kriegsbeschädigten ist in hiesigen Budget gleichfalls nicht mehr auszuwerfen, obwohl man weiß, daß gerade in der gegenwärtigen Zeit für die Schulung der Kriegsbeschädigten ganz bedeutende Beiträge aufgebracht werden müssen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, irgendwo Arbeit zu finden.

Dagegen hat man eine Post erhöht, die Post für sozialärztliche Untersuchung. Es sind 20.000 Kronen mehr als im Vorjahre vorgesehen. Diese Erhöhung hat jedoch nur den einen Zweck,

eine öftere Sichtung der Kriegsbeschädigten durchzuführen, damit man auf diese Weise den Prozentsatz der erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten noch mehr herabsetzen kann, um neue Millionen zu ersparen, obwohl schon viele Tausende viel zu niedrig qualifiziert sind, besonders bei den Kranken und Tuberkulösen, die in geradezu leichtfertiger Art und Weise behandelt werden.

Nun zu der Post: Aemter für Kriegsbeschädigtenfürsorge. Für diesen Titel wurden im Vorjahre rund 12 Millionen Kronen, heuer etwas über 12 Millionen eingesetzt, jedoch ein Mehrbetrag von 28.000 Kronen zu verzeichnen ist. Bei dem chronischen Beamtenmangel der Fürsorgeämter ist auch dieser Betrag vollständig ungenügend. Im Landesamt für Kriegsbeschädigte in Prag ist es ja mit Ausnahme einzelner Abteilungen etwas besser geworden. In den Unterabteilungen und Rentenabteilung dagegen herrscht noch immer die Wirtschaft wie früher. Es geschieht heute noch, daß an den Amtstagen die Leute, die, soweit sie hier in Frage kommen, aus der ganzen Tschechoslowakei herkommen, den ganzen lieben Tag die Aemter suchen müssen und dann einfach resultatlos nachhause fahren müssen, um nach acht Tagen wieder denselben Leidensweg anzutreten.

Noch schlimmer liegen die Verhältnisse in den einzelnen Bezirksämtern. Diese sind mit Arbeit überlastet. Gerade in diesen Aemtern ist der größte Mangel an Angestellten vorhanden. Die Geschäftsführung im Landesamt sowie in den Bezirksämtern ist eine vollständig mangelhafte, so daß dringende Arbeiten

troß Ueberstundenarbeit diese Monate liegen bleiben. Die wenigen deutschen Beamten werden auf alle mögliche Art und Weise schikanieren, wie es besonders durch die Sprachprüfungen geschehen ist. Diese Sprachprüfungen werden von allen Beamten bis herunter zum Amtsdienstler mit aller Strenge verlangt. Wenn diese Leute bei der Ueberarbeit, die dort vorhanden ist, eigentlich die zweite Landessprache erlernen sollen, darum kümmert man sich herzlich wenig. Mit der Schande, daß ungezählte Tausend Kriegsverletzte, Blinden und Waisen ihre Jahre lange bestehenden gesetzlichen Rentenansprüche und Rückstände vom Staate nicht erhalten können, muß unter allen Umständen endlich einmal ausgeräumt werden. Es ist daher auch bei uns

die Notwendigkeit eines Einstellungsgesetzes, wie in Deutschland, Oesterreich, Italien und Polen, vorhanden. Was wir ferner brauchen, ist aber auch

### ein modernes Kriegsbeschädigtengesetz.

Die Kosten für die Kriegsbeschädigten verringern sich naturgemäß von Jahr zu Jahr. Die erzielten jährlichen Ueberschüsse soll man dazu verwenden, das Los der noch verbleibenden Kriegsoffer besser zu gestalten. Die Regierung hat im Hause zwei kleine Gesetzesvorlagen eingebracht, womit einige Fristen des Gesetzes vom 25. Jänner 1922 Nr. 39 verlängert werden sollen. In der ersten Vorlage werden die Fristen zur Einleitung des Verfahrens zur Todeserklärung bis 31. Dezember 1923, im 2 die Fristen zur Geltendmachung der Ansprüche gemäß Artikel IV des genannten Gesetzes gleichfalls auf dieselbe Dauer verlängert. Die zweite Vorlage besagt, daß der Zuschlag von 50 Prozent in der Fassung des Gesetzes vom 25. Jänner 1922 an die Kriegsbeschädigten solange weiter ausgezahlt wird, bis die Regierung im Verordnungswege eine Neuregelung vornehmen wird. Von einer Verbesserung aller Bestimmungen innerhalb des Kriegsbeschädigtengesetzes ist keine Rede. Und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß den armen Opfern einigermaßen entgegengekommen wird.

Nun gestatten Sie mir noch einige Worte zu sagen über die Art, wie bei uns heute

### der Jugendschutz

behandelt wird. Was der Krieg und seine Folgen an der Jugend unserer Völker verbrochen hat, wird noch jahrzehntelang nachwirken. Die große Wirtschaftskrise trägt dazu bei, diesen Zustand noch gewaltig zu verschlimmern. Wir sehen leider auch hier, daß der Mehraufwand, der für diese Zwecke im Budget dem Vorjahre gegenüber vorgesehen ist, nur 1.116.000 Kronen beträgt. Diese Summen sind selbstverständlich viel zu gering, um auch nur die geringste Aufgabe zu erfüllen. Wie wenig der Staat heute seine Pflichten in dieser Weise erfüllt, dafür nur ein kleines Beispiel: Der Verein für Kinder- und Jugendfürsorge im Bezirke Karlsbad hat ein Waisenhaus in Schladenwert und hat im Jahre 1921 188 Waisenkinder verpflegt. Die Verwehskosten für dieses Jahr betragen 242.000 Kronen, die Subvention des Ministeriums für soziale Fürsorge 18.000 Kronen, das heißt 7 Prozent der Gesamtausgaben. Unser ganzes If-forsorgewesen müßte in großzügiger Weise zentralisiert werden, wenn es den heutigen Ansprüchen überall entsprechen soll. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Adamovsky (tsch. Christl.) beklagt sich über die Einseitigkeit der Fürsorgeanstalt für Kriegsbeschädigte in Prag und fordert eine Kontrolle über deren Tätigkeit.

Abg. Zeminova (tsch. Soz.) rügt es, daß der Schutz der Produzenten und ihrer Gewinne allzu stark, der der Konsumenten aber gleich Null ist.

Abg. Svoboda (tsch. Soz.-Dem.) bezeichnet die Verhältnisse der Textilarbeiter in Mähren und Schlesien als unerträglich und fürchtet in diesem Winter Unruhen. Redner fordert die Regierung auf, im Kofsch-Ostawaner Revier, wo die Bergarbeiterlöhne um 46 Prozent herabgesetzt wurden, eine Neuregelung zu schaffen.

Sodann sprach Abgeordneter Genosse Rofcher, dessen Ausführungen wir in unserer morgigen Nummer wiedergeben werden.

Nachdem noch Abg. Tuma (tschech. Agrar.), Abg. Bedel (tschechische Volkspartei) und Abg. Kaprichel (tschechische Sozialdemokrat) gesprochen hatten, wurde die Sitzung um Viertel zehn Uhr geschlossen.

# Inland.

Ausgang der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei. Die Moskauer „Pravda“ gibt einen Ueberblick über die Stärke der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei, aus der hervorgeht, daß die Partei am 1. August 1922 in 2450 Organisationen 180.000 zahlende Mitglieder vereinigte. Um einen Maßstab zur Bewertung dieser Zahl zu finden, muß man sich daran erinnern, daß die kommunistische Partei der Tschechoslowakei der Moskauer Internationale vor einem Jahr die Anzahl ihrer Mitglieder mit 480.000 angegeben hat. Entweder hat also die Partei Entschlossenheit ihre oberste internationale Leistung vor einem Jahr schamlos belogen oder ist die kommunistische Partei tatsächlich von 480.000 auf 180.000 Mitglieder zurückgegangen, hat also im Laufe eines Jahres drei Viertel ihrer Mitglieder verloren.

Der Anschlag auf die nationale Sektionierung der Landesfürsorge ist, wie wir schon Samstag in unserem Leitartikel ausführten, mehr als bloßes Zeitungsgeschwätz. Das geht aus einer zwar behutsamen, doch deutlichen Mitteilung der offiziellen „Prager Presse“ hervor, die sich zuerst über die Reformbedürftigkeit der Landesfürsorge verbreitet, ihre Unzulänglichkeit vom sozialen Standpunkte aus zugibt und endlich auf die „Frage“ zu sprechen kommt, „ob die beim Landesfürsorge in Böhmen und Mähren in Gestalt von nationalen Sektionen bestehende nationale Zweiteilung beibehalten werden soll. In dieser Beziehung gehen die Ansichten auseinander. Während im deutschen Lager ohne Unterschied der Parteirichtung der Standpunkt verfochten wird, daß die nationale Sektionierung beizubehalten sei, herrschen im Lager der tschechischen Mehrheit über diese politisch wichtige Frage zwei einander widersprechende Auffassungen. Ein Teil ist der Ansicht, man solle die nationale Struktur der Landesfürsorge dort, wo sie eingeführt sei, auch in Zukunft bestehen lassen, der andere Teil vertritt jedoch die Meinung, die nationale Zweiteilung sei zu stützen, weil dadurch eine Vereinfachung der Schulverwaltung erzielt werden könnte. Die Entscheidung bleibt dem Ministerrat vorbehalten, der sich demnächst mit der Reform der Landesfürsorge befassen wird. In dieser Beziehung hat die Unterrichtsverwaltung bereits im September dieses Jahres dem Ministerrat Vorschläge unterbreitet und sich für die Aufhebung der nationalen Zweiteilung der Landesfürsorge ausgesprochen. Die Uebernahme des Ministeriums durch den Vertreter der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Partei im ehemaligen Koalitionsausschuss hat jedoch in dieser Frage einen anderen Zustand herbeigeführt. Der Klub der genannten Partei hat nämlich im verfloßenen Frühjahr seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, vom Standpunkt einer zweckmäßigen Schulverwaltung sei es nicht notwendig, die nationalen Sektionen aufzulassen. Seither haben weder der Klub als solcher, noch seine einzelnen Mitglieder den seinerzeit vollkommen klar präzipierten Standpunkt einer Wenderung oder Revision unterzogen.“

### Die Agitationsmethoden des Dr. Kramar.

In der am Sonntag abgehaltenen Versammlung in Ung.-Groditz hat Dr. Kramar nach dem Berichte der „Narodni Listy“ folgendes gesagt: „Der Redner erinnert an die Erhöhung der Beiträge für die Krankenversicherung und konstatiert die allgemein anerkannte Tatsache, daß die Erhöhung der Leistungen zum allergeringsten Teile der Arbeiterschaft zugefallen ist, die aus dieser Erhöhung den geringsten Vorteil gezogen habe.“ Wie es um die allgemein anerkannte Tatsache bestellt ist, die sich Herr Dr. Kramar, der „Freund“ der Arbeiter, als den er sich im Verlaufe dieser Versammlung wiederholt ausgab, selbst konstruierte, mögen folgende authentische Daten ergeben. Die den Rassenverbänden angeschlossenen Krankenkassen zählten im Jahre 1918 720.142 Mitglieder. An Krankengeld wurde in diesem Jahre ausgezahlt ein Betrag von 23.960.572,45 K, es entfiel demnach auf ein Mitglied ein Betrag von 33,28 K. Für Krankenunterstützung, Arzt, Medikamente, Spital, Wöchnerinnenunterstützung und Beerdigungskosten, also für direkte Anwendungen an die Mitglieder wurden verausgabt 88.640.442,98 Kronen oder pro Mitglied 53,65 K. Im Jahre 1921 wurden verausgabt für Krankengeld 325.573.086,02 K, es entfiel demnach auf ein Mitglied ein Betrag von 151,82 K. An direkten Anwendungen erhielten die Mitglieder 554.081.545,79 K oder auf ein Mitglied und Jahr umgerechnet den Betrag von 257,53 K. In den ersten zwei Monaten des Jahres 1922, während der Grippeepidemie, wurde an Krankengeld verausgabt ein Betrag von 86.254.155,63 K, auf ein Mitglied umgerechnet also 40,09 K innerhalb zweier Monate oder pro Jahr, um einen Vergleich mit den früheren Jahren ziehen zu können, 240,54 K. Für direkte Anwendungen wurden nach den uns bisher gewordenen Mitteilungen rund 135.000.000 K verausgabt, demnach auf ein Mitglied für ein Jahr 376,74 K. Die angeführten dieser Tatsachen Dr. Kramar eine derartige Behauptung aufstellen kann, ist uns unerklärlich. Der Dak gegen die von Arbeitern verwalteten Institutionen, dem auch Dr. Kramar in der angeführten Versammlung bei Besprechung der in den Gemeinden herrschenden Verhältnisse frei die Zügel schießen ließ, dürfte, wenn dies überhaupt noch möglich ist, durch die Vorkommnisse in dieser Versammlung bis zur Beibehaltung gestoppt worden sein. Wir sind nun begierig, was Herr Dr. Kramar unternehmen wird, um seine unerhörte Beschuldigung gegen die Krankenkassen zu widerrufen.

**Minister Bechyně über Schulfragen.** Vor einer Versammlung tschechischer Mittelschullehrer sprach der neue Schulminister über aktuelle Schulfragen und kam dabei u. a. auf das Verhältnis zu den Deutschen zu sprechen. Die Abkehr vom alten Regiment rechtfertigt in seinen Augen noch nicht ein Frontstellung gegen die Deutschen. „Wir werden“, erklärte er, „auf keine Weise die geographischen Tatsachen und den Umstand aus der Welt schaffen können, daß wir 70 Millionen Deutschen benachbart sind. Das heutige Deutschland ist so zerstört wie nach dem dreißigjährigen Kriege. Aber in zehn bis fünfzehn Jahren ändern sich die Dinge und wir müssen diese Zeit intensivst zu unserer Befestigung ausnützen. Die Worte des Präsidenten „Mit dem Deutschen gegen das Deutsche“ erhalten gerade heute ihren richtigen Sinn.“ — In der Frage der Trennung der Kirche vom Staat warnte der Minister „vor jedem überspannten Radikalismus. Weil die tschechoslowakische Republik ein Staat der historischen Antipathien ist, mußte der sogenannte Kulturkampf uns direkt bedrohen. Wir müssen uns gerade in der Schule der religiösen Toleranz bestrengen, der Kampf darf sich nicht der Schule bemächtigen. Das Männer auskämpfen sollen, dürfen Kinder nicht besorgen. Schätze wir die interkonfessionelle Schule, damit nicht eine konfessionelle oder atheistische Schule komme.“ In der Frage einer Reform der Mittelschule erklärte sich Bechyně als Vaie und verwies auf die besondere Abteilung im Ministerium, die mit der ganzen Angelegenheit betraut ist. Im Zusammenhang mit den verschiedenen Standeswünschen der Mittelschullehrer ver sprach der Minister eine Berücksichtigung ihrer Studienqualifikation, gelegentlich der neuen Regulierung der Teuerungszuschüsse und eine besondere Honorierung für Mehrleistungen. Die maßvollen, weder nach links noch nach rechts ausstehenden Neuerungen verschaffen dem Sprecher, soviel sie auch an Bestimmtheit zu wünschen übrig liegen, den Beifall der Zuhörer. Mit seinem Abwinken des Kulturkampfes wird er jedenfalls den Freunden des „guten Alten“, auch wenn es nicht eben gut ist, aus der Seele gesprochen haben.

**Die Ausschaltung von Pässen für Arbeitslose.** Unsere Bürokratie macht Arbeitslose, die im Auslande Arbeit gefunden haben und zu diesem Zwecke um Ausstellung von Pässen ansuchen, allerlei Schwierigkeiten. Unter anderem fordern die Steuerämter von den Arbeitslosen den Nachweis, daß sie die Personaleinkommensteuer bezahlt haben. Auf Grund einer Intervention des Klubs der Abgeordneten der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat das Finanzministerium die Steuerbehörden angewiesen, von den Arbeitslosen den Nachweis der gezahlten Personaleinkommensteuer nicht mehr zu verlangen. Sie müssen bloß eine Bestätigung darüber, daß sie im Auslande eine Arbeitsstelle gefunden haben, vorweisen.

**Der Dichter-General Mascha** wollte Sonntag in Trann um mehrere militärische Gebäude inspizieren. Es wurde auch eine Truppenparade abgehalten, wobei die Dekorierung einiger Offiziere erfolgte und eine Fahne geschmückt wurde. Nachmittags fand ein Festessen statt, bei dem natürlich der Herr Generaltruppeninspektor und Dichter i. R. eine Rede hielt und dann feierte er — hoffentlich befriedigt — nach Prag zurück. Und da sage noch jemand, wie seien nicht entsetzlicher.

**Menschenaffen.**

Es ist zur Genüge bekannt, daß die Verwandtschaftsbeziehungen zwischen Menschen und Affen nicht so aufzufassen sind, als ob irgend eine Form der Affengruppe als Vorfahren des Menschen zu betrachten sei, sondern daß nach den Ergebnissen der vergleichenden wissenschaftlichen Forschungen die Affen, insbesondere die sogenannten Menschenaffen, und die Menschen als besondere getrennte Entwicklungsreihe von einer gemeinsamen Grund- oder Urform sich ableiten lassen, die weder Mensch noch Menschenaffe war. Wohl aber zeigen die Menschenaffen, Orang, Gorilla und Schimppanse, so vielerlei unverkennbar menschengleiche Züge in ihrem Bau, daß sie mit vollem Rechte den Namen Menschenaffen verdienen. Das spricht sich besonders in der Jugendzeit, am deutlichsten noch im Mutterleibe, aus, während es sich im späteren Alter mehr und mehr verliert, um schließlich Formbildungen Platz zu machen, die aus den erwachsenen Tieren „graufenerregende Scheusalte“ werden lassen. Und doch steht auch hinter ihren ungeschlachten Körpern unklarbar die körperliche Verwandtschaft mit dem Menschen ebenso sicher, wie die Blutprobe diese Verwandtschaft deutlich zum Ausdruck bringt.

Die Unterschiede im Bau des Körpers zwischen Affen und Mensch sind durchaus den verschiedenen Lebensbedingungen geschuldet, denen die beiden Familienweige angepaßt haben. Der Mensch trieb von Anbeginn seine Quartierungen auf dem Boden, der ihn zum aufrechten Gange führte, wodurch die Arme und der Kopf frei wurden, die Menschensippe aber sog das Leben

**Ausland.**

**Kriegsüberhebler überall.**

Der gegen Deutschland erhobene Vorwurf, es sei der einzige Urheber des Weltkrieges, ist noch immer das Hauptargument, mit dem die Poincaré, Churchill, Clemenceau und Genossen treiben gehen. Nun haben Wilhelm II. und Österreichs böser Geist, Berchthold, gewiß ein vollgerichtetes Maß der Schuld, aber jenes der französischen, russischen und englischen Staatskender vom Juli 1914 ist um nichts geringer. Interessante neue Tatsachen, die das noch deutlicher beweisen, als es schon so wie so jutage liegt, traten in den allerletzten Tagen ans Licht. Unser englisches Bruderblatt „Daily Herald“ bringt interessante Erinnerungen der Gattin Asquiths, die den entscheidenden Kriegswillen des damals leitenden Vorkämpfers beweisen: Am Mittwoch, den 29. Juli sandte Asquith warnende Telegramme nach allen Teilen des Reiches. „Wir haben dies seit zwei Jahren im Verteidigungsausschuß in Aussicht genommen“, sagte er zu seiner Frau. Der liberale Edwin Montagu sprach am 29. Juli gegenüber Frau Asquith in die Worte aus: „Wir sollten morgen mobilisieren und den Krieg erklären. Ich wünschte, K. und J. wären beim Teufel! Ihr Einfluß ist verderblich. Sollte man es für möglich halten? Sie sind alle gegen jede Form der Aktion.“ Frau Asquith gibt dann ihre Meinung kund für den Fall, daß Asquith und Grey 1914 gestürzt worden wären: „Meinen Mann wird das in nichts berühren, er wird eine Koalition mit der anderen Seite bilden, dann wird es mit ihr (der Friedenspartei) aus sein.“ Zu den Ereignissen des 4. August 1914 schreibt Frau Asquith: Wie hatten den Krieg. Ich verließ das Zimmer, um zu Bett zu gehen, und als ich am Fuße des Treppenhauses einen Augenblick innehielt, sah ich Winston Churchill mit glücklichem Gesicht der Flügelstürze des Kabinettssaales zuschreiben.

Zwei französische Historiker wieder haben in der „Dumaine“ nachgewiesen, daß ein im französischen „Selbstbuch“ der Kriegsdokumente vertritt veröffentlichtes Telegramm des Botschafters Palologue aus Petersburg vom 30. Juli 1914 vollständig folgendermaßen lautet hat:

„Andererseits haben der russische Generalstab und die Admiralität beunruhigende Nachrichten über die Vorbereitungen der deutschen Armee und Flotte erhalten. Die russische Regierung hat daher beschloffen, in segeheim die ersten Maßnahmen der allgemeinen Mobilisierung vorzunehmen.“

Dieses Telegramm ist in Paris um 11 Uhr 25 Minuten abends eingegangen, jedoch man dort um Mitternacht vom 30. zum 31. Juli wachte, die russische allgemeine Mobilisierung und damit der Prolog des furchtbaren Trümpfspiels begonnen hatte. Als am 31. Juli, abends 8 Uhr 25 Minuten, ein weiteres vom Vormittag datiertes Telegramm der Petersburger Botschaft eingetroffen war, daß die allgemeine Mobilisierung nunmehr öffentlich bekanntgegeben sei, erklärte der französische Kriegsminister nach Abschluß eines von 9 Uhr bis Mitternacht tagenden Ministerrats dem russischen Militärattaché in gehobenem herfürlichen Tone, daß die „französische Regierung zum Kriege fest entschlossen sei.“ So meldet ein Telegramm Jettowitsch, das in der Nacht vom 31. Juli zum 1. August um 1 Uhr aufgegeben worden ist. Das war 16 Stunden vor Uebergabe der deutschen Kriegserklärung an Rußland und zweieinhalb Tage vor der deutschen Kriegserklärung an Frankreich. In allen Zentren Europas arbeitete man also mit irrer Eile auf den Krieg hin, in welchem Eingewohnen wollte der kapitalistische Imperialismus überall den Konkurrenten niederwerfen und neue Absatz- oder Rohstoffgebiete erobern.

**Telegramme.**

**Der Aktionsplan Poincarés.**

Paris, 28. November. Zur gestrigen Konferenz im Palais Elisee veröffentlicht die Agence Havas eine Note, in der es heißt: Die Regierung erwägt die Linien der Politik, welche sie in der Frage des Reparationsproblems einschleiten will, und bereitet einen Aktionsplan vor, den Poincaré zweifellos den alliierten Ministern in der vor der Brüsseler Konferenz stattfindenden Zusammenkunft zur Genehmigung vorlegen wird. Weiter dem Standpunkte, den Poincaré auf der letzten Londoner Konferenz dargelegt hat, wird es die französische Regierung nicht zulassen, daß Deutschland — und sei es an nur teilweise — von seinen Verpflichtungen befreit werde, wenn es nicht Garantien gewährt wie jeder gewöhnliche Schuldner. Es ist gewiß, daß sich die Alliierten durch Sachspäander augenblickliche Einnahmen schaffen könnten und daß sie Deutschland so zur Zahlung zwingen würden, wozu es sich zwecks Lösung der ihm auferlegten Hypothek veranlaßt sehe. Die Agence Havas fügt hinzu, es habe sich in der gestrigen Beratung darum gehandelt, daß die Alliierten die Förderung der staatlichen Bergwerke im Ruhrgebiet in die Hand nehmen, was Poincaré bereits auf der Londoner Konferenz empfohlen hat.

**Ägypten auf der Orientkonferenz.**

Lausanne, 27. November (Havas). Depeschen aus englischer Quelle besagen, daß die englische Regierung bei der französischen und der italienischen Regierung Schritte unternommen hat, um eine ägyptische Delegation nach Lausanne zu bringen, wenn die ägyptische Frage angeschnitten würde. Das ägyptische Pressbüro erzählt, es handle sich hier um ein Mandat. Die ägyptische Delegation, die jetzt in Lausanne sei, sei einzig und allein von dem ägyptischen Volke beauftragt und habe allein Vollmacht in seinem Namen zu sprechen.

**England und das Petroleum von Mossul.**

London, 27. November. Der Lausanner Reutersche Korrespondent ist ersucht worden, nachdrücklich auf die Absurdität des Gerüchtes hinzuweisen, wonach Großbritannien mit den Türken Verhandlungen wegen der Petroleumquellen von Mossul führe, wobei die Gegenleistung in der Gewährung des Mesmonapols liegen würde. Es könne keine Rede davon sein, daß das britische Mandat in Zukunft gegen irgendwelche Zugeständnisse preisgegeben werden würde.

**Die Haltung Rußlands.**

Paris, 28. November (Havas). In einer Unterredung mit dem Vertreter des „Petit Parisien“ dementierte Rasolowsky formell die Nachricht, daß die russische Delegation Lausanne verlassen würde, wenn sie nicht zur Verhandlung über alle Fragen zugelassen würde. — Der Berichterstatter des „Matin“ glaubt zu wissen, daß Rußland sich darauf beschränken wird, alle Vereinbarungen, die ohne seiner Zustimmung getroffen wurden, als ungültig anzusehen. — Ein Mitglied der türkischen Delegation erklärte einem Vertreter desselben Blattes: Wir werden Rußland unterstützen, aber die Unterhandlungen nicht mit dem Vorwande abbrechen, daß Rußland dazu nicht bedingungslos zugelassen wurde.

**Englisches Entgegenkommen auf Rußlands Forderungen.**

London, 27. November. Zu der Note Rasolowskys meldet der Reutersche Vertreter in Lausanne, es verlautete, die britische Antwort werde dahin gehen, daß Rußland sicher auf der Konferenz gleichberechtigt neben den anderen Mächten stehen werde, wenn Fragen zur Erörterung kämen, die Rußland berührten.

**Die irische Verfassung im Unterhaus angenommen.**

London, 27. November. (Unterhaus) Donar Law brachte die irische Verfassungsvorlage in zweiter Lesung ein und erklärte nachdrücklich, wenn die Vorlage bis zum 6. Dezember nicht Gesetz würde, würde das Amt der provisorischen Regierung automatisch zu Ende gehen. Es sei daher tatsächlich unmöglich, irgend eine Änderung an der Vorlage vorzunehmen. Donar Law wies weiter darauf hin, daß nach Ansicht der juristischen Ratgeber sowohl der vergangenen als auch der gegenwärtigen Regierung die Verfassung mit dem Vertrage im Einklange stehe. Das Haus nahm hierauf die Verfassungsvorlage in zweiter Lesung einstimmig an.

**Gefährdung des Genfer Vertrages im Bundesrat.**

Wien, 28. November. (Eigenbericht) Heute fünf Uhr nachmittags war der Bundesrat einberufen, um die Genfer Gesetze zu beraten. Es stellte sich nun heraus, daß die Regierung im Bundesrat keine sichere Mehrheit hat. Der Bundesrat besteht nämlich aus 25 Mitgliedern der Regierungsparteien und 24 Sozialdemokraten. Wenn nun ein Mitglied der Regierungsparteien den Vorsitz führt, so stehen einander 24 gegen 24 Stimmen gegenüber. Die Regierung riskiert insol edessen, daß der Antrag mit 21 Stimmen leichtheit abgelehnt wird. Deshalb wurde den ganzen Tag verhandelt und der Beginn der Sitzung hinausgeschoben. Schließlich trat um sechs Uhr der Bundesrat zusammen und begann die Debatte. Es konnte aber infolge der ungelärten Verhältnisse keine Abstimmung stattfinden, sondern die Abstimmung wird auf morgen vertagt werden.

**Mussolinis Zunderbrot fürs Proletariat.**

Rom, 28. November. (Ag. Stef.) Mussolini erklärte im Senat, seine Politik sei nicht gegen das Proletariat gerichtet. Er wolle es nicht unterdrücken und nicht von neuem in die erniedrigten früheren Verhältnisse zurückführen. Er wolle es materiell und geistig heben. Er werde eine Politik der Wohlfahrt des Proletariats verfolgen, was viel wichtiger sei als eine trügerische sozialistische Politik. Den Faschisten seien Handlungen gegen das Gesetz verboten.

**Heute Wiederaufnahme der Verhandlungen in Wien.**

Wien, 28. November. (R. B.) Die Verhandlungen des Rektors der Wiener Universität mit den Vertretern der deutschnationalen und der jüdischen Studentenschaft sind heute nachmittags beendet worden. Auf Grund des Ergebnisses der Verhandlungen werden die Vorlesungen morgen wieder aufgenommen.

**Die internationale Bergarbeiterkonferenz in Brüssel.**

Brüssel, 28. November. (Havas.) Die Konferenz der internationalen Bergarbeiterkonferenz trat heute früh im Volkshause zusammen. Der Sitzung wohnte die englische, französische, deutsche und belgische Abordnung bei. Die Konferenz prüfte die Frage der deutschen Kohlenlieferungen.

auf den Bäumen vor, daß sie zu ausgesprochenen Reiterkünstlern werden ließ, deren Arme die unfehlbarsten und sichersten Greiforgane abgaben. Ganz allgemein erhielt man schon bei Betrachtung der Skelettförmern den Eindruck, daß die Menschenaffen massigere Körper entwickelten, die große Muskelkraftleistungen verbürgten, die im Gebiet der vorderen Gliedmaßen ihre hauptsächlichste Steigerung erfuhren, während der Mensch durch seinen tierlicheren Bau auf das „Werkzeugtier“ hinweist, das mit dem aufrechten Gange den Kopf zur Entwicklung des Gehirnes frei bekam. Den auffallendsten Unterschied zeigt zweifellos die Kopfbildung. Die Kugelwölbung des menschlichen Hirnschädels, vor der der Gesichtsteil, insbesondere der Kauapparat, in den Hintergrund tritt, fehlt den erwachsenen Menschenaffen, deren Schädelinhalt kaum den dritten Teil des menschlichen erreicht. Dagegen prägt sich dieser Formunterschied beim jugendlichen Tiere, etwa beim Schimpansenkinde, noch nicht deutlich aus, so daß in diesem Alter die Menschenähnlichkeit ganz besonders in die Augen springt. Die Affen hat man früher und auch heute noch häufig als Vierhänder bezeichnet, aber gerade in dem Bau der vorderen und hinteren Gliedmaßen unterscheidet sich der Menschenaffe durchaus nicht wesentlich vom Fledhänder, dem Menschen. Der Fuß ist durch Einstellung auf das Baumleben geeignet zum Greifen geworden, hat aber seine Merkmale als Fuß beibehalten, und die Hand ist durch Verkümmern des Daumens, der dem Hakenriff der vier übrigen Finger beim Gange und Reiten auch durch Herausrüden in die Nähe der Handwurzel nicht mehr stört, ebenso in den Dienst des Waldlebens gestellt worden.

In der äußeren Erscheinung offenbart sich

troß aller Ungeklärtheit so viel Menschenähnlichkeit, daß die Bewohner der Gegenden, in denen die Menschenaffen heimisch sind, sie als Menschen bezeichnen, die bloß der Sprache ermangeln, weil sie sich nicht als Menschen verhalten wollen, damit sie nicht zu arbeiten brauchen. Und in der Tat scheint die Lautumgebung bei den Menschenaffen sehr gering zu sein. Vom Orang kennt man wohl überhaupt noch keine Lautäußerungen, während Schimpansen schon eher über einige Grunz- und Heultöne verfügen, die beim Gorilla bis zum Wutgebrüll sich steigern. An Sprache und Sprachverständnis im Sinne eigener Denktätigkeit über den Dressurerfolg hinaus ist kaum zu denken. Und wenn man die Lebensweise der Menschenaffen im Auge behält, so liegt gar keine Veranlassung vor, einen Anstoß zur Entwicklung einer sprachlichen Mitteilungskunft zu erwarten. Der Waldmensch der indischen Inseln Borneo und Sumatra, der Orang-Utan, lebt als murrischer Einsiedler oder vielleicht mit Weib und Kind vereint. Der Gorilla und Schimppanse kommen öfter in kleineren und größeren Trupps vereint vor, aber ein ausgesprochenes Gesellschaftsleben, so wie es etwa die Herden und Rudel der Gattiere erkennen lassen, ist doch nicht vorhanden. Wohl nütigen die Schimpansentrupps im Vereine in Schlafnestern, die sogar eine Gruppierung nach Familien vermuten lassen, wie die Beobachtungen Reichenows besagen, wohl ziehen sie auch familienweise auf Nahrungssuche, aber ein engerer Zusammenschluß fehlt jedenfalls. Und damit entfällt auch jeder natürliche Grund zur Sprachbildung. Offenbar haben sich die Zweige der Menschenaffen vom Stamm schon entfernt, ehe die Sprachnotwendigkeit auftrat, denn in ihrem Gehirn fehlt neben manchem an-

dem Zentrum für bestimmte Leistungen auch das Sprachzentrum, das beim Menschen vorhanden ist. Ich weiß freilich nicht, ob man nicht nur berechtigt ist zu sagen, beim Menschen ist ein Hirnteil besonders leistungsfähig entwickelt, der mit der Sprache im engsten Zusammenhange steht, daß man aber nicht zu beweisen vermag, daß dieses Zentrum dem Menschenaffen völlig fehlt. Zur Verständigung im Urwalde mögen die Zeichen durch Körperbewegung völlig genügen, und dann lag eben kein Grund vor, sich ein Sondermittlungssystem in der Sprache zu schaffen. Die Ausdrucksmöglichkeiten der Gemütsbewegungen in der Gesichtsmimik der Menschenaffen sind so reichlich, daß sie wohl allen Anforderungen der gegenseitigen Beziehungen zwischen den Mitgliedern der Trupps und den Familienangehörigen eines Paares genügen dürften.

Wenn auch die Sprache den Menschenaffen abgeht, so bleibt doch eine Leistung recht beachtlich, die durch systematische Beobachtungen an Schimpansen festgestellt wurde, die eigens zum Zwecke biologischer u. psychologischer Untersuchungen auf Teneriffa gefangen gehalten wurden. Die Stationsleiter Teuber und Köhler haben viele Jahre lang unter Berücksichtigung der Lebens-eigentümlichkeiten in der dortigen Station mit Menschenaffen gearbeitet und bei ganz verschiedener Begabung der einzelnen Schimpansen gefunden, daß sie zu überlegtem Handeln in ungewöhnlichen Lebenslagen fähig sind. Wenn sie hoch angebrachte Früchte dadurch zu erreichen wissen, daß sie Ästern übereinanderbauen, auf denen sie trotz bedenklichen Schwankens des Bauwerks in glänzender Gleichgewichtsbewahrung ihr Ziel erreichen, so mag das in innigsten Zusammenhang mit ihren Reiterkünsten aus den Gemütsheilen

# Sowjet-Rußland und Sowjet-Ukraine.

Von M. Smilg-Benario.

Wie alle Revolutionen hat auch die russische erste Periode der Zerfällung und des Zerfalls durchlaufen. Heute tritt die zweite Periode ein, die Periode des Aufbaus und der Sammlung der Kräfte auf neuer wirtschaftlich-sozialer, politischer und nationaler Grundlage. Auf den Trümmern des alten zaristischen Reichs ist ein Bundesstaat von Sowjetrepubliken entstanden. Die gegenwärtige Sowjet-Föderation ist ein Produkt des dreijährigen Bürgerkrieges. Doch diese Föderation im Kampfe entstanden, bildet ein ziemlich verworrenes Bild. Man könnte bis jetzt drei Arten von Staatsgebilden in dem gegenwärtigen Sowjetrußland unterscheiden. Erstens unabhängige Republiken, zweitens autonome Republiken und drittens autonome Gebiete. Die unabhängigen Republiken sind: die Ukrainer, Weißrußland, die kaukasische Föderation, die Republik des fernsten Ostens und schließlich Großrußland selbst. Diese einzelnen unabhängigen Republiken hatten bis jetzt das Recht, eigene Vertretungen im Auslande zu halten, Verträge mit ausländischen Staaten abzuschließen, ein eigenes Heer zu halten, sowie andere Hoheitsrechte. Wie weit die Selbständigkeit — wenigstens formell, dieser Republiken geht, ist z. B. aus der bekannten Tatsache ersichtlich, daß der zwischen Deutschland und Rußland in Genua abgeschlossene Vertrag von Rapallo keine Gültigkeit für die Ukrainer hatte und daß die Ukrainer über die Erweiterung dieses Vertrages selbständige Verhandlungen mit dem Deutschen Reich führten. Selbstverständlich war es für die Interessen der Gesamt-Föderation nur von Schaden, wenn die einzelnen unabhängigen Republiken Sonderpolitik betrieben haben. Dies war eine Anomalie, die, wie oben gesagt, ein Produkt der Kämpfe im Bürgerkrieg war.

Im Jahre 1919 tobte in Südrußland der Kampf zwischen Denikin und den Bolschewisten. Anfanglich hatte Denikin Erfolge und drang immer weiter in das Innere Rußlands ein. Denikin als Repräsentant des alten Regimes hatte auch die politische Lösung desselben proklamiert. Er kämpfte für das „ungeheilte, einige und große Rußland“. Aus diesem Grunde bekämpfte er unterdrückte er jedwede selbständige Regierung der Nationen, die in Südrußland wohnen, vor allem die selbständigen Bestrebungen der Ukrainer. General Denikin hatte nach seinen ersten Erfolgen und nach der Einnahme von Kiew einen Aufruf erlassen, in welchem er die nationalen Bestrebungen der einzelnen Völker Rußlands als verräterische Handlungen bezeichnete. Dieser Aufruf war eine vollständige Verneinung der tieferen Ursachen der russischen Revolution und der tieferen Ursachen der russischen Revolution und der damaligen politischen Situation. Es war deshalb begreiflich, daß die Bolschewisten zur erfolgreichen Bekämpfung der Konterrevolution eine entgegengesetzte Lösung proklamieren. Sie versprochen den einzelnen Völkern im Gegenzug zu Denikin ein selbständiges nationales Dasein. In einem Aufruf an das ukrainische Volk sicherte Lenin demselben ein selbständiges Dasein zu. Der alte Traum des ukrainischen Volkes sollte sich somit erfüllen und die Sympathien des ukrainischen Volkes wandten sich den Bolschewisten zu. Als die erste ukrainische Stadt, nämlich Charlow, von den roten Truppen zurückerobert wurde, wurde von den weitläufigen Moskauer Politikern sofort eine aus Ukrainern gebildete Regierung geschaffen. Es war in der Unabhängigkeitserklärung der Ukrainer durch die Sowjetregierung mehr Latenz als Prinzip. In der schweren Not, in der sich die Sowjetregierung befand, war die Unabhängigkeitserklärung der Ukrainer ein glänzendes Mittel im Kampfe gegen die Feinde der Bolschewisten.

Nun ist aber der Bürgerkrieg längst zu Ende. Die Sowjetregierung hat nicht mehr Anschläge ihrer russischen Gegner zu befürchten. Die selbst-

# Die Hinrichtung der früheren griechischen Minister.

Athen, 28. November. (Havas.) Sunaris, Strares, Protapopadakis, Theotolis, Baltazzi und General Hadjanesti wurden wegen Hochverrats zum Tode verurteilt, Admiral Oudaz und General Straiges zu lebenslänglichem Kerker und Degradierung.

Athen, 28. November. (Reuter.) Sunaris, Theotolis, Baltazzi, Protapopadakis, Hadjanesti und Straos, welche, wie bereits gemeldet, wegen Hochverrats zum Tode verurteilt wurden, sind erschossen worden.

London, 28. November. (R.) Der britische Gesandte in Athen, Lindley, hat sofort nach der Hinrichtung der ehemaligen griechischen Minister seine Pässe verlangt. Er erklärte den griechischen Behörden nach den Instruktionen seiner Regierung sofort die Hauptstadt Griechenlands verlassen zu müssen. Heute nachts begibt sich Lindley nach Lausanne, wo er Lord Curzon Bericht erstatten wird. Dieser drastische

schritt ist natürlich ein Protest gegen das unzulässige Verhalten der gegenwärtigen griechischen Regierung, welche ihre Vorgänger hingerichtet hat.

Einige Blätter vertreten betreffs dieses Ereignisses die Ansicht, daß die Tat der griechischen militärischen Extremisten insofern ist, ernste Folgen, wie z. B. die Aufhebung nicht nur einer moralischen aber auch finanziellen Unterstützung seitens der Großmächte für Griechenland hervorzurufen. Unter den hingerichteten sechs griechischen Ministern befand sich Sunaris, ehemaliger Ministerpräsident, der in letzter Zeit an einer Vergiftung erkrankt war, Protapopadakis, gleichfalls ehemaliger Ministerpräsident, Straos war Minister des Innern, Theotolis Kriegsminister, Baltazzi Außenminister und General Hadjanesti ehemaliger Oberkommandierender in Jonien.

ständigen Republiken, besonders die selbständige, auswärtige Politik der Ukrainischen Sowjetrepublik wurde allmählich den Moskauer Machthabern ein Dorn im Auge. Und besonders seit im Sommer 1921 die neue Wirtschaftspolitik begonnen hat und Sparfahrsicht als Staatsweisheit erklärt wurde, wurden auch aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen die selbständigen Republiken zu einer großen Last. Besonders die ausländischen Vertretungen und Missionen der Ukrainischen Sowjetrepublik sind sehr kostspielig geworden und bedeuten eine Verschwendung der staatlichen Mittel. Doch vor der Konferenz von Genua wollten die Sowjetmächter das Delorium betreten und dem demokratischen Ansehen bis zu den etwas exotischen Vertretern der selbständigen Sowjetrepubliken, von Katorwski an bis zu den etwas exotischen Vertretern der kaukasischen Republiken präsentiert. Doch nachdem die Konferenz von Genua mißlungen war und die Moskauer Regierung sich um Westeuropa nicht mehr zu kümmern brauchte, da beschlossen die Moskauer Machthaber, mit den selbständigen Republiken aufzuräumen und eine Föderation auf autonomer Grundlage zu bilden. In dieser Hinsicht hat die Sowjetregierung vorgearbeitet und es ist ihr jetzt gelungen, wie der Telegraph meldet, ihr Ziel zu erreichen.

In diesen Tagen hielt das Ukrainische Zentral-Exekutiv-Komitee in Charlow eine Konferenz ab, die im wahren Sinne des Wortes als eine historische bezeichnet werden kann. Es wurden auf dieser Konferenz Beschlüsse gefaßt, die von weittragender Bedeutung für die nächste politische Entwicklung Rußlands sein werden, und die deshalb auch — wegen der Rolle, die Rußland wieder in der europäischen Politik zu spielen beginnt — in Westeuropa nicht unbeachtet bleiben können. Auf der Konferenz wurden nämlich Beschlüsse über die neuen Grundlagen gefaßt, auf denen die Sowjet-Föderation von nun an aufgebaut werden soll. In einer mehrstündigen Rede betonte der Vorsitzende des ukrainischen Rates der Volkskommissäre, Katorwski, der gehorsame Diener Lenins, die Notwendigkeit eines engeren Zusammenhanges zwischen der Moskauer und der Ukrainischen Regierung. Die eigene auswärtige Politik der Ukrainer sowie die eigene Finanzpolitik schädige nur die Interessen der Gesamt-Sowjet-Föderation. Es sei deshalb an der Zeit, neue Grundlagen der Föderation zu schaffen. Katorwski legte im Namen der Ukrainischen Regierung eine Resolution vor, die dann nach heftigen Debatten von der Mehrheit der Konferenz angenommen wurde.

In dieser historischen Resolution erklärt das Ukrainische Zentral-Exekutiv-Komitee, daß die neuen Grundlagen der Föderation darin bestehen müßten, daß 1. die auswärtige Politik der Bundesstaaten eine einheitliche sein solle. Zu diesem Zweck wird das ukrainische Auswärtige Amt aufgelöst. Alle auswärtigen Vertretungen der Ukrainer sowie auch der anderen Sowjetrepubliken verlieren ihre Selbständigkeit und werden dem Moskauer Auswärtigen Amt unterstellt. Die auswärtige Politik wird im Namen und im Auftrag der Bundesstaaten allein von dem Moskauer Auswärtigen Amt geführt. 2. Es soll eine einheitliche Armee gebildet werden. Die selbständigen ukrainischen und kaukasischen Formationen müssen zusammen mit ihrem Stabe in die vereinigte Armee eingehen. 3. Eine einheitliche Finanz- und Wirtschaftspolitik muß geführt werden. Die Direktive für alle einzelnen Republiken werden die zentralwirtschaftlichen und finanziellen Organe in Moskau geben. 4. In den Fragen der inneren Politik, der Volkbildung, des Gesundheitswesens, des Polizeiwesens und des Verkehrs wesens sollen die Bundesstaaten selbständig bleiben. 5. Der Bund wird auf der Grundlage der völligen Gleichheit der einzelnen Republiken gegenüber den Moskauer Zentral-Bundorganen errichtet werden. 6. An der Spitze des Bundes steht das Zentrale Bundes-Exekutiv-Komitee, das auf Grundlage des Proportionalrechts aus Vertretern der Bundesrepubliken gebildet wird. Dieses Exekutiv-Komitee wählt auch den Zentralen Rat der Volkskommissäre, dessen Sitz Moskau ist.

Da diese Beschlüsse auf Betreiben von Moskau gefaßt wurden, so versteht es sich von selbst, daß die Moskauer Regierung diese Beschlüsse annehmen wird. Es muß damit gerechnet werden, daß auf der bevorstehenden Konferenz, auf der die Vereinigungsfrage erörtert wird, Rußland nur durch eine Delegation vertreten sein wird, die im Namen aller Bundesstaaten Sowjetrußlands die Verhandlungen führt.

Für einen Staat in Europa und zwar für Deutschland, wird dieser Beschluß sofort praktische Folgen haben. Denn sobald der obige Beschluß in Kraft tritt, wird der Rapallobertrag automatisch auch auf die Ukrainer erstreckt. Gerade dieses Beispiel zeigt, welche große internationale Bedeutung die neue Grundlage der Sowjet-Föderation hat. Ob dieses Zwischending zwischen Einheitlichkeit und Selbständigkeit für Rußland sich bewähren wird, wird die nächste Zukunft zeigen.

Ein schöner Sonntagnachmittag führte mich hinaus in ein kleines Dorf, das ich wegen seiner Ruhe und seiner sonnigen bunten Wiesen so recht lieb gewonnen hatte; auf meiner Entdeckungstour kam ich zu einem kleinen Platz, der wohl vor Zeiten irgend einem besonderen Zwecke gedient haben mag — denn einige einsame Baumstämme, die zwar schon etwas wackelig, aber immer noch stolz ihren Posten einnahmen — wuchsen an bessere Zeiten. Heute dürfte das Plätzchen Gemeingut geworden sein, denn alles unbrauchbare Rücken- und auch anderes Geschick lag hier in schönster Eintracht nebeneinander, nebstimmert um Liebe und daß seiner einstigen Besitzer. Darum hatten sich auch anscheinend die Kinder nicht gesammelt, als sie, um ihre Sonntagsgeschichten und Märchen zu schenken, das eine einen alten Topf, das andere eine alte, schon etwas durchsichtige Schüssel, das dritte ein anderes nicht mehr erkennbares Gefäß, als Sitzgelegenheit okkupierten. Denn es wurde „Schule“ gespielt. Die Prunkstücke der Einrichtung des Schulzimmers waren eine alte Kiste und ein Sessel, der zwar im Laufe der Jahre bereits ein Bein eingebüßt hatte, aber trotzdem, in Anbetracht seines Wertes, vereint mit der alten Kiste dem „Herrn Lehrer“ zur Verfügung gestellt wurde.

Der „Unterricht“ war schon im vollen Betrieb und die Kinder ließen sich durch meine Anwesenheit nicht stören. Durch die Anrede der „Schüler“ konnte ich feststellen, daß der „Herr Lehrer“ eigentlich viel mehr darstellte als „nur“ einen Lehrer — er verkörperte die Würde eines „Katheten“. Der kleine Venzel machte seine Sache nicht schlecht. Er streckte sein Bäuchlein vor wie ein alter Domherr, räusperte sich fortwährend, spudde mit einer Virtuosität, als wäre er schon ein unheilbarer Alkoholiker und fuhr sich ab und zu mit seinem Sackhals über die Stirne, wahrscheinlich zum Zeichen der Anstrengung ob der geleisteten Arbeit. Kurz und gut, er hatte in der Schule gut ausgepaßt und markierte den Herrn Katecheten wie ein routinierter Schauspieler. „Halt Maul, Lausbub, elender“, wurde ich in meinen kritischen Betrachtungen plötzlich von ihm unterbrochen. „Wann ich red“, hast du stud zu sein!“ „Bist schon, Herr Katechet, ich wollt nur fragen...“ — „Nix hast du zu fragen; wirft worten können, bist ich dir alles sag!“ Donnerwetter, war das ein Pädagoge. Sollte gar? ... Doch hören wir weiter. „Seppel“, rief der gestrenge Herr jetzt einen kleinen Knirps, „warum stehst du denn so langsam auf, du fauler Sub, wann ich dich ruf? Gleich setz dich wieder nieder; kriegst einen Häuser.“ Und wichtig blätterte er in einer alten Zeitung, die ihm als Buch dienete und jarrich, mangels eines Bleistiftes, mit seinem Zeigefinger die angebrochte Seite. „Herr Katechet, ich bist schon, bin ja schnell aufgelandet“, heute das kleine Kerchen, das das Spiel anscheinend sehr ernst nahm. Aber unerbittlich blieb Gottes Vertreter auf Erden. „Is schon geschohn; ich hab eine Wut auf dich, dein Vater ist ein Roter“. Nun wurde mir erst klar, wie gut der kleine Herr Katechet den großen nachholte.

Es ist weiter nicht viel darüber zu sagen. Ein Spiel der Kinder habe ich betrachtet — die Bittigkeit brauche ich nicht mehr zu sehen. Ich kenne jetzt den Herrn Herrler und seine Unterrichtsweise und da gibt es nur einen Schluß. Fort mit diesen Schädlingen aus den Schulen.

## Arbeiter, lernt euch schämen!

Arbeit eines Juges, der durch das deutsche Sprachgebiet in Nordwestsachsen fuhr. Ringsherum saßen Arbeiter, die aus den Fabriken und Schächten heimkehrten. Einige von ihnen lasen Zeitung. Aber welche Zeitungen hielten die algeraderten Proletarier in ihren Händen? Gewiß die „Freiheit“ oder den „Sozialdemokrat“ oder das „Volkrecht“? Welche Enttäuschung! „Auffiger Tagblatt“, „Reichsberger Zeitung“ und andere bürgerliche Pressezeugnisse, das war die geistige Kost dieser Arbeiter. Sie kauften die unternehmervreundlichen Zeitungen und lesen während der Fahrt, wie ihre Führer beschimpft werden; lesen, daß der Achtstundentag allein die Schuld an der Teuerung trägt, lesen, daß die hohen Löhne schuld an der Wirtschaftskrise sind, lesen, wie die Unternehmungen ihrer Feinde, der Reaktion, beschönigt und sogar unterstützt werden und dergleichen mehr. Sie lesen es und schämen sich nicht. Nein, es freigt ihnen nicht die Rote des Jorns oder die Schamröde ins Gesicht, daß sie durch den Kauf der Zeitung ihre erbitterten Feinde unterstützt haben. Sie werden morgen wieder eine Zeitung kaufen, weil die heutige so „interessant“ war. Die Arbeiterpresse kämpft um ihre Existenz. Aber die große Masse unterstützt sie nicht, denn zwei Zeitungen kann sich der Arbeiter nicht halten und er hat ja schon das „Auffiger Tagblatt“... Ihr Arbeiter, die ihr bürgerliche Zeitungen lest, lernt euch schämen! Wo ist eure Arbeiterchre? Ihr gebt der Reaktion das Geld, mit dem sie die Knete tauft, die euch schlagen wird, wenn euch die Zeitungen in den Schlaf gelullt haben. Arbeiter, lernt euch schämen! Wenn ihr das gelernt habt, dann werdet ihr diese Zeitungen nicht mehr kaufen. Dann werdet ihr die Arbeiterpresse im Hause haben und die bürgerlichen Lügenblätter werden daraus verschwinden.

Der Weisongreg gegen den Krieg, der vom 10. bis 15. Dezember im Haag abgehalten wird, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die größte internationale Kundgebung für den Weltfrieden werden, die bisher veranstaltet worden ist. Nach einer noch nicht abgeschlossenen Liste sind beim Sekretariat des

# Tages-Neuigkeiten.

Sonderpiel.

Ein schöner Sonntagnachmittag führte mich hinaus in ein kleines Dorf, das ich wegen seiner Ruhe und seiner sonnigen bunten Wiesen so recht lieb gewonnen hatte; auf meiner Entdeckungstour kam ich zu einem kleinen Platz, der wohl vor Zeiten irgend einem besonderen Zwecke gedient haben mag — denn einige einsame Baumstämme, die zwar schon etwas wackelig, aber immer noch stolz ihren Posten einnahmen — wuchsen an bessere Zeiten. Heute dürfte das Plätzchen Gemeingut geworden sein, denn alles unbrauchbare Rücken- und auch anderes Geschick lag hier in schönster Eintracht nebeneinander, nebstimmert um Liebe und daß seiner einstigen Besitzer. Darum hatten sich auch anscheinend die Kinder nicht gesammelt, als sie, um ihre Sonntagsgeschichten und Märchen zu schenken, das eine einen alten Topf, das andere eine alte, schon etwas durchsichtige Schüssel, das dritte ein anderes nicht mehr erkennbares Gefäß, als Sitzgelegenheit okkupierten. Denn es wurde „Schule“ gespielt. Die Prunkstücke der Einrichtung des Schulzimmers waren eine alte Kiste und ein Sessel, der zwar im Laufe der Jahre bereits ein Bein eingebüßt hatte, aber trotzdem, in Anbetracht seines Wertes, vereint mit der alten Kiste dem „Herrn Lehrer“ zur Verfügung gestellt wurde.

Der „Unterricht“ war schon im vollen Betrieb und die Kinder ließen sich durch meine Anwesenheit nicht stören. Durch die Anrede der „Schüler“ konnte ich feststellen, daß der „Herr Lehrer“ eigentlich viel mehr darstellte als „nur“ einen Lehrer — er verkörperte die Würde eines „Katheten“. Der kleine Venzel machte seine Sache nicht schlecht. Er streckte sein Bäuchlein vor wie ein alter Domherr, räusperte sich fortwährend, spudde mit einer Virtuosität, als wäre er schon ein unheilbarer Alkoholiker und fuhr sich ab und zu mit seinem Sackhals über die Stirne, wahrscheinlich zum Zeichen der Anstrengung ob der geleisteten Arbeit. Kurz und gut, er hatte in der Schule gut ausgepaßt und markierte den Herrn Katecheten wie ein routinierter Schauspieler. „Halt Maul, Lausbub, elender“, wurde ich in meinen kritischen Betrachtungen plötzlich von ihm unterbrochen. „Wann ich red“, hast du stud zu sein!“ „Bist schon, Herr Katechet, ich wollt nur fragen...“ — „Nix hast du zu fragen; wirft worten können, bist ich dir alles sag!“ Donnerwetter, war das ein Pädagoge. Sollte gar? ... Doch hören wir weiter. „Seppel“, rief der gestrenge Herr jetzt einen kleinen Knirps, „warum stehst du denn so langsam auf, du fauler Sub, wann ich dich ruf? Gleich setz dich wieder nieder; kriegst einen Häuser.“ Und wichtig blätterte er in einer alten Zeitung, die ihm als Buch dienete und jarrich, mangels eines Bleistiftes, mit seinem Zeigefinger die angebrochte Seite. „Herr Katechet, ich bist schon, bin ja schnell aufgelandet“, heute das kleine Kerchen, das das Spiel anscheinend sehr ernst nahm. Aber unerbittlich blieb Gottes Vertreter auf Erden. „Is schon geschohn; ich hab eine Wut auf dich, dein Vater ist ein Roter“. Nun wurde mir erst klar, wie gut der kleine Herr Katechet den großen nachholte.

Es ist weiter nicht viel darüber zu sagen. Ein Spiel der Kinder habe ich betrachtet — die Bittigkeit brauche ich nicht mehr zu sehen. Ich kenne jetzt den Herrn Herrler und seine Unterrichtsweise und da gibt es nur einen Schluß. Fort mit diesen Schädlingen aus den Schulen.

## Arbeiter, lernt euch schämen!

Arbeit eines Juges, der durch das deutsche Sprachgebiet in Nordwestsachsen fuhr. Ringsherum saßen Arbeiter, die aus den Fabriken und Schächten heimkehrten. Einige von ihnen lasen Zeitung. Aber welche Zeitungen hielten die algeraderten Proletarier in ihren Händen? Gewiß die „Freiheit“ oder den „Sozialdemokrat“ oder das „Volkrecht“? Welche Enttäuschung! „Auffiger Tagblatt“, „Reichsberger Zeitung“ und andere bürgerliche Pressezeugnisse, das war die geistige Kost dieser Arbeiter. Sie kauften die unternehmervreundlichen Zeitungen und lesen während der Fahrt, wie ihre Führer beschimpft werden; lesen, daß der Achtstundentag allein die Schuld an der Teuerung trägt, lesen, daß die hohen Löhne schuld an der Wirtschaftskrise sind, lesen, wie die Unternehmungen ihrer Feinde, der Reaktion, beschönigt und sogar unterstützt werden und dergleichen mehr. Sie lesen es und schämen sich nicht. Nein, es freigt ihnen nicht die Rote des Jorns oder die Schamröde ins Gesicht, daß sie durch den Kauf der Zeitung ihre erbitterten Feinde unterstützt haben. Sie werden morgen wieder eine Zeitung kaufen, weil die heutige so „interessant“ war. Die Arbeiterpresse kämpft um ihre Existenz. Aber die große Masse unterstützt sie nicht, denn zwei Zeitungen kann sich der Arbeiter nicht halten und er hat ja schon das „Auffiger Tagblatt“... Ihr Arbeiter, die ihr bürgerliche Zeitungen lest, lernt euch schämen! Wo ist eure Arbeiterchre? Ihr gebt der Reaktion das Geld, mit dem sie die Knete tauft, die euch schlagen wird, wenn euch die Zeitungen in den Schlaf gelullt haben. Arbeiter, lernt euch schämen! Wenn ihr das gelernt habt, dann werdet ihr diese Zeitungen nicht mehr kaufen. Dann werdet ihr die Arbeiterpresse im Hause haben und die bürgerlichen Lügenblätter werden daraus verschwinden.

Der Weisongreg gegen den Krieg, der vom 10. bis 15. Dezember im Haag abgehalten wird, wird aller Wahrscheinlichkeit nach die größte internationale Kundgebung für den Weltfrieden werden, die bisher veranstaltet worden ist. Nach einer noch nicht abgeschlossenen Liste sind beim Sekretariat des

des Baumlebens zu bringen sein, ebenso wie die Leistung einer Schimponfendame, die zu gleichem Zwecke einen Stod frei aufstellte, an dem sie blühschnell emporstieg, die Banane ergriff und wieder herabglitt, ehe der Stod Zeit fand, umzufallen. Immerhin ein Ueberlegen der Benutzungsmöglichkeit mußte der Ausführung vorangegangen sein. Das gilt aber ganz besonders von der Beobachtung, daß der eine Schimpanse eine Banane, die so weit von seinem Behälter ablag, daß er sie trotz aller Mühe mit seinen langen Armen nicht erreichen konnte, noch kurzem Nachsinnen mit einem Stod, der in der Erde stand, heranholt. Er benutzte den Stod als Werkzeug. Und als man die Banane noch weiter weglegte, steckte er in das hohle Ende des Bambusstodes ein dünneres Stück, um den Stod auf diese Weise hinreichend zu verlängern. Das dürfte man wohl füglich als Werkzeugverfertigung ansprechen.

Daß bei so veranlagten Tieren auch durch Dressur mancherlei erreicht werden kann, haben die früher wiederholt vorgeschriebenen Zirkuskünstler aus der Menschenaffenart ebenso gezeigt, wie die Schaustücke unser zoologischen Gärten, die sich ganz menschlich-fürlich betragen gelernt hatten, die sogar menschliche schlechte Angewohnheiten angenommen hatten, wie Zigarettenrauchen und dergleichen mehr. Aber diese Dressurkünstlichen sprechen nicht für die Leistungsfähigkeit des denkenden Gehirns im Gegensatz zu den vorhin angeführten Beobachtungen eigener Entschlüsselungshandlungen.

Wenn man erwarten würde, daß sich die „Geistesblitze“ der Menschenaffen so äußerten, daß sie menschlicher Dankbarkeit etwa gleichkom-

men würden, so wäre das eine durchaus unbedeutende Forderung. Im Wesen und in den Grundzügen aber besteht trotzdem eine unabweisbare Uebereinstimmung; denn die Versuche der Handlungen zur Erreichung eines bestimmten Zweckes zeigen nicht etwa ein unbestimmtes Herumtappen nach einem Wege, sondern es geht ihnen eine reine Gehirntätigkeit des Ueberlegens voraus.

Diese Ähnlichkeit mit dem Menschen neben der weitgehenden körperlichen Menschenähnlichkeit rechtfertigt die Bezeichnung Menschenaffen auch mit dem Inhalt der Verwandtschaft in jeder Beziehung vollkommen. Deshalb bleibt aber die geistige Leistung des Menschen unterschieden von der des intelligentesten Schimpansen; denn in ihr kommt die Entwicklungsbreite der Jahrhunderttausende zum Ausdruck, die mit dem Werkzeug und der Vergesellschaftung die Lebensbedingungen der Kultur schuf, die für die Lebensführung der Menschenaffen keine Notwendigkeit war.

Dr. Popitz.

Im Anschluß hieran sei auf die Abhandlung des großen Zoologen A. C. S. P. H. Die Menschenaffen hingewiesen, die füglich als Doppelnummer in Reichsamt Universitätsbibliothek erschienen ist. Die lebendigen Schilderungen des Altmeisters sind durch einen Anhang von Karl W. Neumann bis auf die neueste Zeit ergänzt. Das Heftchen enthält eine Bildtafel, die gut gelungene Photographie eines Schimpansen, der einen Stod als Springtange benutzte.

## Jüdische Geschichten.

Die Wette für den König.

Eines Tages sah der König auf seines Palastes Dach, als er einen Mann unten an der Mauer stehen sah, der ein Huhn in der Hand hielt und es ihm zeigte.

Der König ließ ihn vor sich kommen und fragte ihn: „Warum zeigst du mir das Huhn?“

Der Mann sagte: „Majestät! Im Namen Ew. Majestät habe ich mit jemand gewettet und habe dabei die es Huhn als den Einsatz gewonnen. Das bringe ich nun für Ew. Majestät.“

Da freute sich der König und schickte das Huhn in die Küche.

Nach zwei bis drei Tagen kam der Mann wiederum zum König, brachte ihm ein Schaf und sprach: „Das habe ich wieder im Namen Ew. Majestät im Spiel gewonnen.“ Der König nahm auch das Schaf an.

Da kam der Mann zum drittenmal zum König und brachte noch einen zweiten mit. Als der König aber sah, daß des Mannes Hand leer war, sagte er ihm: „Dast du mir heute nichts mitgebracht?“

Beschneiden sagte der Mann: „Im Namen Ew. Majestät habe ich mit diesem Manne um zweitausend Kupfen gespielt, habe aber das Spiel verloren. Und nun kommt er zu Ew. Majestät und bittet um sein Geld.“

Der spendable Reiche.

Ein Derwisch kam zu einem Geizhals und sprach ihm um eine Gabe an. Der Geizhals sagte zu ihm: „Wenn du mir eine Bedingung erfüllen willst, so will ich alles tun, was du begehrst.“ Der Derwisch fragte: „Was ist denn das für eine Bedingung?“ Der Anider erwiderte: „Du darfst nicht ntemals um etwas bitten; alles andere, was du begehrst, will ich tun.“

# Einigung der englischen Liberalen.

London, 28. November. (Amtliches Radio.)

Die Anhänger Asquiths und Lloyd George hielten gestern eine neue Versammlung ab, wo über die Vereinigung der beiden liberalen Fraktionen verhandelt wurde. Alle Redner sprachen sich zugunsten dieser Idee aus. Nach

„Daily News“ bildet die größte Schwierigkeit die Frage der Führerschaft, obwohl einer der nationalliberalen Abgeordneten in der genannten Sitzung erklärte, daß Lloyd George bereit sei, unter Asquith zu dienen.

stehliche Menschen wurden wie Freiwild von der Soldateska niedergeschossen. Wehrlose Arbeiter, welche auf dem Ringplatz erschienen, waren die Opfer dieser wüsten Schießerei. Um sie trauerten Väter, Mütter und Kinder, trauert die gesamte Arbeiterschaft. Daß das vor vier Jahren geschah, ist und wird nie vergessen werden. Die Opfer, welche hier ruhen, sind Opfer des tschechoslowakischen Chauvinismus. Wir Sozialdemokraten verurteilen jeden Chauvinismus auf allen Seiten und verlangen das gleiche Recht für alle Nationen, auch für uns. Wie Feindstand wurde 1918 deutsch Gebiet besetzt, als Bürger zweiter Klasse werden wir behandelt. Die Grundzüge, welche bei Gründung dieses Staates aufgestellt wurden, sind vergessen, Gewalt wurde vor Recht gesetzt, verhöhrt und verächtlich werden wir, wenn wir unsere Rechte fordern. Aber wir sind stolz Deutsche zu sein und werden unser Recht erlangen. Vorwiegend Arbeiter waren die Opfer vom November 1918, vom 4. März 1919 in Raaden und Sternberg, vorwiegend Arbeiter waren die Opfer von Eger und Weipert. Die Arbeiter waren stets am Platze und haben keine Opfer gescheut, wenn es galt, für die Freiheit zu kämpfen. Wir wissen uns frei von nationalen Chauvinismus, wir bekämpfen ihn, weil durch die Aufspaltung der Leidenschaften eine Verständigung der Arbeiter nicht möglich ist. Die Nutznießer des Chauvinismus sind unsere Klassengegner. Wir werden nicht erlauben, den Kampf um das Selbstbestimmungsrecht weiterzuführen, zum Wohle unseres Volkes. Sie alle, die hier anwesend sind, bezeugen durch Ihre Anwesenheit, daß sie den Novembergefallenen ein ehrendes Andenken bewahren — daran kann uns auch die Entfernung einer Gedenktafel nicht hindern. Uns allen obliegt die Pflicht, die Hinterbliebenen zu schützen und zu stützen.“ Nach der beifällig ausgenommenen Rede des Genossen Häusler legte Stadtrat Schubert einen Kranz am Grabe der Gefallenen nieder.

**Nichtigstellung.** Mit dem sozialistischen Proletariat der ganzen Welt haben auch wir den glänzenden Wahlsieg der englischen Arbeiterpartei in stolzer Freude gefeiert. Nun aber werden wir von der „Deutschen Landpost“ dahin aufgeklärt, daß in England nicht dessen zum Klassenbewußtsein erwachende Arbeiterschaft, sondern die — Agrarier gesiegt haben. Die „Landpost“ behauptet in einem Artikel u. a., daß die Labour Party „genau dieselben vernünftigen sozialpolitischen Pläne propagiert, wie sie z. B. in unserem Rahmen der V. d. L. (Bund der Landwirte)“ anstrebt.“ Wir nehmen dies gebührend zur Kenntnis und stellen zur Berichtigung fest, daß in England nicht die Industriearbeiter, sondern die Agrarier gesiegt haben.

**Das öffentliche Gemeindefürsorgewesen.** Das Anwachsen der Widereien in Böhmen, Mähren und Schlesien schreibt nach den Berichten des Statistischen Staatsamtes erfreulich fort. Ende 1920 betrug die Zahl der Gemeindefürsorgeverurteilten 3343, Ende 1921 schon 5031, also um 77 Prozent mehr. Die Väterzahl betrug vor Durchführung des Gesetzes 1.327.953, Ende 1920 1.644.558, Ende 1921 2.277.761. Vermehrung in zwei Jahren: 71,5 Prozent. Die Einnahmen betrugen im Jahre 1920 3.158.000 K., im Jahre 1921 7.601.724, also um 148 Prozent mehr. Nur 15 Prozent aller Bibliotheken, und dies größtenteils nur in kleinen Dörfern, entzogen Ende 1921 nicht den Anforderungen des Gesetzes.

**Der Streik der Berliner Schauspieler** wird mit aller Schärfe fortgeführt. Streikbrecher finden sich fast keine, es spielen nur die Staatstheater, deren Mitglieder als Beamten bezahlt werden. Die Bühnenarbeiter haben den Schauspielern ihre Unterstützung zugesagt. — Der Streik auf den Hoch- und Untergrundbahnen dauert an. Vermittlungsversuche werden von der Direktion abgelehnt.

**Der ins Leben übertragene Examensfall.** Eine seltsame Geschichte ist die der französische Rechtsstudent Edmond Achom seinen Richtern aus, vor denen er sich auf die Anschuldigung zu verantworten hatte, während der Eisenbahnfahrt von Lyon nach Paris einen englischen Mitreisenden bestohlen zu haben. Achom hatte dem Schlafenden die Brieftasche aus dem Rock gezogen. Als der Bestohlene erwachte, sah er gerade noch, wie ein junger Mann, der in der einen Hand die geraubte Tasche, in der anderen das ihr entnommene Geld trug, im Nebenabteil verschwand. Da sich Achom erlosch, hielt er es für das Rechtliche, dem Bestohlenen sein Geld wiederzugeben, während er die Brieftasche zum Fenster hinauswarf. Bei der Ankunft in Paris wurde er verhaftet. Vor Gericht spielte er den Stummen und überreichte den Richtern eine umfangreiche Verteidigungsschrift. Er erzählte darin, daß er vor dem Verlassen Lyons sich zum Examen gemeldet und für seine Prüfungsarbeiten den Fall eines Eisenbahndiebstahls gewählt habe. Infolge der mit Examen verbundenen Nervenaufregung und der langen, intensiven Beschäftigung mit dem Schussfall sei er in den Rann einer Zwangsvorstellung geraten, die ihn unbewußt die Handlung des Diebes in

dem angenommenen Fall habe ausführen lassen. Die Richter ordneten an, daß der Angeklagte auf seinen Geisteszustand untersucht werde.

**Von einem Schmutzler angefallen.** Vor einigen Tagen stellte der Finanzwachmeister Geca an der Grenze bei Szwonitow zwei ihm entgegenkommende Schmutzler. Während er dem einen Schmutzler, der einen Revolver in der Hand hielt, die Waffe gewaltsam wegnahm, schoß der andere Schmutzler auf ihn und verletzte ihn leicht. Die beiden Schmutzler flüchteten hierauf und konnten bisher nicht ermielt werden.

**Stellenvermittlung für Frauen aller Berufe.** Zur Zeit der Arbeitslosigkeit in allen Frauenberufen ist es sicher notwendig, daß insbesondere die Bewerberinnen um Arbeits- und Dienststellen die Adressen aller öffentlichen Arbeitsvermittlungstellen in Groß-Prag kennen. Für Frauenberufe wirkt ein besonderes Landesstellenvermittlungsbureau in Prag II., Cde des Dzerag und der Wylklova. Dieses Bureau besorgt das gesamte weibliche Personal für Kongleien und Geschäfte, Erziehungsstellen, Lehrerinnen (entweder für dauernde Posten oder für Stunden), Kindererzieherinnen, Geschlechterinnen, Wirtschaftlerinnen usw. Den Bewerberinnen dieser Berufe werden in den privaten Stellenvermittlungsbureaus sehr hohe Tögen abverlangt, während diese öffentliche Anstalt gänzlich unentgeltlich arbeitet. Hausgehilfen, Köchinnen, Bedienerinnen, Wäscherinnen und Posten für jede übrige gewerbliche und Industriearbeit der Frauen vermitteln folgende Filialen: Prag I., Bartlomejska 13, Prag II., Zitna 31, Prag III., Malostranske nam. 5, Prag VII., Pelerebisko ul. 2, Smichow Jakubsk nam. 70, Agl.-Weinberge, Slezka 18, Zikow Husinec 12.

**Schweres Explosionsunglück in Oslawan.** Montag wurden in der Oslawaner Zuckerfabrik durch die Explosion zweier Kessel vier Arbeiter getötet und 10 verwundet, davon drei lebensgefährlich. Hierzu meldet das „Pravo Lidu“: Durch die Explosion wurden zwei vollständige Kesselgarnituren zerstört. Die Kessel selbst sind vollkommen demoliert, im Kesselhaus überhaupt alles durcheinander geworfen. Tot und verwundet sind die Arbeiter, die in der Nähe des Kesselraumes arbeiteten. Unter den Toten befindet sich auch der Oberheizer. Es verläutet, daß unter den Schuttmassen sich noch Tote befinden. Die Ursache der Explosion ist unbekannt, wahrscheinlich aber ist sie auf Ueberhitzung des Kessels zurückzuführen. Der Betrieb der Fabrik mußte nach der Katastrophe eingestellt werden; es sind 16 Arbeiter verletzt, unter den vier Getöteten befindet sich ein 70jähriger Greis. In dem Kesselhause, in dem sich acht Kessel befinden, waren zur Zeit der Explosion 21 Arbeiter beschäftigt. Es ist also nur einer davon gekommen. Die Explosionsursache konnte noch nicht festgestellt werden, doch nimmt man Wassermangel an. Das Kesselhaus ist arg beschädigt, das Dach völlig zerstört, die Türen sind aus der Mauer gerissen.

**Selbstmorde.** Montag gegen 7 Uhr früh erschloß sich in seiner kuffiger Wohnung der 43-jährige pensionierte Realchulprofessor Franz Ternek. Er mußte seinerzeit wegen zeitweiliger Geistesgefährlichkeit vom Amte suspendiert und in den geistlichen Ruhestand versetzt werden. Offenbar hat er die Tat in einem Anfall seiner Krankheit verübt. — Der 17jährige Reinerichling Jaroslav Hmel von der Bahnrestauration Josefstadt-Saromet, der sich bereits einmal erhängt und vom Juge überfahren lassen wollte, stürzte sich am Sonntag in selbstmörderischer Absicht bei der Haltestelle Rohnowel auf der Strecke Josefstadt-Trautemau vor den Zug. So wurde ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt.

## Verhaftung einer gefährlichen Einbrecherbande.

**Wilhelm Köhler, der kuffiger Millionendieb.** Wir haben bereits verschiedene Male über eine Reihe von Einbrüchen in Kuffig berichtet. Einer der sensationellsten der letzten Zeit war jener bei der Böhmschen Handelsgesellschaft in Kuffig, wo den Verbrechern über eine Million Kronen in die Hände fielen. Es gelang nun der kuffiger Polizei, die weitverbreitete gefährliche Einbrecherbande zu verhaften, deren Haupt der bekannte Einbrecher Wilhelm Köhler aus Deutsch-Gabel ist. Er wurde am 8. November durch die kuffiger Polizei im Verein mit der Dresdner und Berliner Kriminalpolizei in einem Versteck in Berlin aufgespürt und verhaftet. Er hielt sich bereits jahrelang in Berlin unter falschem Namen auf und gestand bei seiner Verhaftung, den Einbruch bei der Böhmschen Handelsgesellschaft mit noch zwei Komplizen verübt zu haben. Da man ihm in Deutschland keine strafwürdige Handlung nachweisen konnte, wurde er ausgewiesen und am 25. d. nach Kuffig überführt. Bei seiner durch die kuffiger Polizei erfolgten Verhaftung wurden ihm bisher 54 zum Teil sehr schwere Einbrüche diebstahl (darunter auch der Krankenkasseneinbruch) in Kuffig, Tetschen, Bodenbach, Trautenau, Benfen, Reichenberg, Lobositz, Reimertitz, Eger, Teplitz, Komotau usw. nach-

gewiesen, die er in den letzten Jahren mit einigen Komplizen verübt haben soll. Drei seiner Hauptmann aus Besseln bei Kuffig, Ludwig Geiger aus Pröblich und Franz Habenicht aus Reimertitz wurden ebenfalls verhaftet. Ein weiterer Komplize namens Karl Brasse wurde dem Warnsdorfer Gericht eingeliefert. Der Bautechniker Josef Ritzke aus Tetschen, ebenfalls ein Mitthäter, wurde in Dresden verhaftet. Schließlich wurde noch ein Teilnehmer Rudolf Bolter dem Kreisgericht Reimertitz eingeliefert. Die Verhaftung anderer Komplizen steht bevor. Köhler leugnete bei seiner Vernehmung den bereits eingestanden Einbruch wieder, doch dürfte ihm dies wenig helfen.

## Kleine Chronik.

**34 Personen ertrunken.** Aus Buenos Aires wird gemeldet: Ein Küstenschiff, an dessen Bord sich Passagiere befanden, stieß mit einem Fährboote zusammen. Das Schiff kippte um; hiebei ertranken 34 Personen.

**Woher kommt das Wort „Bankrott“?** Wie oft auch das inhaltlichere Wort angewandt wird, so gibt es doch sehr viele Menschen, denen die Entstehung desselben nicht bekannt ist. Das Wort hat folgenden Ursprung: Der Ponte-Rialto in Venedig war in älteren Zeiten der Standplatz einer stattlichen Menge von allerhand Händlern, die daselbst mit südländischer Lebhaftigkeit ihre verschiedenartigen Waren den Vorübergehenden anboten. Jeder besah zu seiner Bequemlichkeit eine Bank, um, wenn er Zahlungen zu machen hatte, sein Geld darauf hingählen zu können. Da nun infolge des immer bedeutenderen Aufschwunges des Ponte-Rialto-Marktes die hervorragenden und angesehenen Händler daselbst zusammenkamen und die größten Geschäfte dort abgewickelt wurden, so galt es schließlich für eine kaufmännische Notwendigkeit, ja als eine Ehrensache, auf dem Ponte Rialto eine Bank zu haben. Geschäft es nun, daß ein Händler in der bestimmten Stunde seine Zahlungen nicht leisten konnte und so gewissermaßen der Ehre seines Postens verlustig ging, so wurde ihm durch eine Art handelsmännischen Lynch-Gericht seine Bank zerbrochen — banca rotta im Italiänischen. Hieraus erleiht man also, wie das Wort Bank für ein Geschäft und Bankrott entstanden sind.

**Zigaretten gegen Klemat.** Kapitän Finch von der Mount-Everest-Expedition gedachte gelegentlich eines Vortrages, den er kürzlich in der Londoner Königlich-Geographischen Gesellschaft hielt, auch der unschätzbaren Dienste, die ihm in großen Höhen die Zigarette geleistet hat. Er und zwei andere Mitglieder der Expedition hatten, als sie in etwa 7700 Meter Höhe lagerten, so empfindlich an Luftmangel zu leiden, daß sie in ihrer Verzweiflung zur Zigarette griffen. Nach den ersten tiefen Lungengängen fühlten sie sofort eine merkwürdige Erleichterung und konnten wieder mühelos atmen. Der anwesende Professor Haldane bemerkte dazu, daß diese Wirkung der Zigarette wahrscheinlich aus dem im Rauch befindliche Krefol zurückzuführen sei, es sei durchaus möglich, daß eine kleine Menge Krefol ausreiche, um einen in solchen Höhen im Atem behinderten Menschen wieder hochzubringen.

**Der Ueberseebdampfer als Vogelhaus.** Tausende von Vögeln aller Art begleiteten den Dampfer „Eythia“ von der Cunard-Linie auf seiner letzten Reise von New York nach England und liehen sich in einer Entfernung von etwa 600 Kilometern von der amerikanischen Küste in so dichten Schwärmen auf das Schiff nieder, daß dieses zu einem schwimmenden Vogelhaus verwandelt wurde. Sie nisteten sich selbst in die Salons ein, und einige fanden sogar den Weg in den Maschinenraum. Die Vögel waren allem Anschein nach von den heftigen Stürmen, die sie auf ihrer Herbstwanderung von Nord- nach Südamerika überfallen hatten, getrieben worden und suchten auf dem Schiffe Schutz. Viele der kleineren Vögel gingen unterwegs an Erschöpfung ein, aber als die „Eythia“ in Liverpool eintraf, hatte sie noch immer eine große Anzahl der verirrten Vögel an Bord, die sich, nachdem das Schiff vor Anker gegangen war, bald in den Bäumen und Sträuchern der Anlagen des Landungsplatzes häuslich niederließen. Unter den Vögeln, die die Reise als blinde Passagiere gemacht hatten, befanden sich viele Kanarienvögel, Hänflinge, Drosseln und Vireoniden; besonders bestaunt wurden auch drei Zwerggorenken, die mit ihren laienähnlichen Geschnitten einen unheimlichen Eindrud machten.

**Die Gewinnung des Olivenöls.** In den Mittelmeerländern werden ziemlich allgemein die Oliven zur Delgewinnung gemahlen und gepreßt. An der Mahl- und Pressarbeit sind am Laufe der Zeit wesentliche Verbesserungen angebracht worden, an der letzteren besonders durch Einführung der hydraulischen Pressen. Andere Methoden der Olivenverarbeitung, bei denen Zentrifugen, Abaugevorrichtungen oder unmittelbare Exhalation mit flüchtigen Lösungsmitteln in Anwendung kommen, haben sich nur vorübergehend oder vereinzelt Einführung verschaffen können. In Spanien, das von etwa einhalb Mill. Hektar Olivenpflanzungen im Jahre zweiinhalb bis vier Mill. Doppelzentner Del gewinnt, werden die auf Kollergängen mehr oder weniger stark gemahlene Oliven zunächst einer kalten Pressung mit schwachem Druck unterworfen, wobei das feinste, dünnflüssige, sog. Jungferndel erhalten wird. Die Presskuchen werden dann gewöhnlich nochmals zerkleinert und unter Zusatz von heißem Wasser einer zweiten, zuletzt sehr starken Pressung ausgesetzt, die ein weniger wertvolles, meist bedeutend saueres Del liefert; nur selten wird ein drittes Mal gepreßt. Die Güte des Olivenöls erster und zweiter Pressung hängt nicht allein von der Vollkommenheit der Delgewinnungsmaschinen ab, sondern auch, und zwar in sehr hohem Grade, von der Olivenvarietät, dem Zeitpunkt der Fruchte beim Pflücken und der Art der Aufbewahrung von dem Pflücken bis zur Verarbeitung.

Internationalen Gewerkschaftsbundes u. a. folgende Zusagen zur Teilnahme an dem Kongress eingetroffen: 13 angeschlossene Landeszentralen, nämlich Belgien, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Ungarn, Italien, Luxemburg, Holland, Oesterreich, Polen, Schweden und Spanien; 16 Internationale Berufssekretariate, nämlich Schuh- und Lederindustriearbeiter, Maler, Personal der Post, Telegraphen- und Telephonbetriebe, Bergarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter, Privatangestellte, Fabrikarbeiter, Lithographen und Steinbrücker, Landarbeiter, Transportarbeiter, Zimmerer, Tabakarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Hotel-, Restaurant- und Caféangestellte und der Arbeiter in öffentlichen Diensten und Betrieben; Deutscher Gewerkschaftsbund in der Tschechoslowakei und Zentralrat der russischen Gewerkschaften; die zweite Internationale (London) und sechs angeschlossene Organisationen; die Wiener Arbeitsgemeinschaft; drei angeschlossene Organisationen; der Internationale Genossenschaftsverband und drei angeschlossene Organisationen, Internationaler genossenschaftlicher Frauenausschuß; Arbeiter-Jugend-Internationale (Berlin); die Internationale Arbeitergemeinschaft sozialistischer Jugendorganisationen (Wien); zwölf Internationale sozialistische und ähnliche Organisationen. Unter anderem wird die belgische Gewerkschaftsbewegung vertreten sein durch 23 Delegierte, die dänische Gewerkschaftsbewegung durch 17, die deutsche durch 26, die französische durch 15, die russische durch 10, die Internationale Transportarbeiter-Föderation durch 7, die Arbeiter-Jugend-Internationale (Berlin) durch 4, die belgische Arbeiterpartei durch 11 Delegierte usw.

**Arbeitslosigkeit des Proletariats und Uebermut der Gatten!** Uns Freiwildern wird uns gefürchtet: Die Arbeitslosigkeit macht rapide Fortschritte, zu Hunderten geben die Arbeiter an den Kontrolltag in Prozessionen in das Städtchen. Selbst an den anderen Tagen stehen die Arbeiter vor der Tür des Arbeitslosenamtes, müssen in Ränge und Ränge stundenlang warten bis sie vorgeführt werden, obwohl im Innern des Gebäudes noch Raum genug vorhanden wäre, um den Ärmsten das Warten im Trockenen zu ermöglichen. Der deutsche Beamte in der tschechoslowakischen Republik glaubt sich aber noch monarchistische Monarchen gegen die Arbeitslosen herausnehmen zu dürfen, denn obwohl seitens der politischen Bezirksverwaltung Worteräume verschaffen waren, steht sich dieser Herr selbständig darüber hinweg und legt ein Benehmen an den Tag, als wäre er selbst die Kaiserliche Majestät. — Während Elend, Hunger und Not wächst, frant man im Reiche der Gatten darauf, raffinierte Amusements zu erfinden. Ein „Daremsfest“ soll den Grund geben, um übermäßige Lust zur höchsten Klasse zu bringen. Seit Wochen muß eine eigens von Breslau herbeigeholte Tanzlehrerin den Städtchenern groteske Tänze beibringen. Schallisen, Faszorittinnen, Ekstasinnen, Pascha und Fendi sollen möglichst einwandfrei den Originalen nachgeahmt werden. Einige „Damen“ wollten zu diesem Feste sogar aus Preußen billige Kostüme schmuggeln, wurden aber dort erwischt und die Herren „Gennahle“ mußten ihre bessere Hälfte erst auslösen. Auf der einen Seite Hunger und Not, auf der anderen Seite dreister Uebermut, der sich nicht scheut, auf einem schwellenden Vulkan seinen Totentanz zu feiern!

Die Zwaidauer Arbeitslosen erzwingen die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Wie der Reichsbürger „Vorwärts“ meldet, marschierten Montag die Arbeitslosen aus der ganzen Umgebung nach Zwaidau und verlangten von der Steueradministration die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung. Nun stellte es sich heraus, daß kein Geld vorhanden war. Die Arbeitslosen beauftragten den Abwehrausschuß, den Behörden und Unternehmern mitzuteilen, daß, wenn bis Mittag die Arbeitslosenunterstützung nicht ausgezahlt sei, die Arbeiter zur sofortigen Selbsthilfe schreiten würden. Hierauf erklärten sich die Industriellen bereit, die entsprechenden Beiträge als Steuerrückstände, bezw. als Darlehen den Behörden zur Verfügung zu stellen, sobald mit der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung tatsächlich begonnen werden konnte.

**Gedenkfeste für die Novembergefallenen von Wlache-Trilbau.** Am Sonntag, den 26. November, wurde von allen deutschen politischen Parteien eine gemeinsame Gedenkfeier zu Ehren der Opfer des 29. November 1918 veranstaltet, welche einen ersten und würdigen Verlauf nahm. Von Seite der politischen Behörde wurde eine Kundgebung am Ringplatz — wahrscheinlich unter dem Einfluß der Sporkleute — verboten, außerdem eine Gedenkfeier am Friedhof nur unter der Bedingung bewilligt, daß die Gedenktafel in der Friedhofskirche, welche außer den Namen der Opfer die Widmung enthielt: „Für die am 29. November 1918 von der tschechoslowakischen Besatzung schandlos erschossen“ entfernt werde. Die Bewilligung war von der politischen Behörde bereits angeordnet, doch konnte die Anordnung nicht durchgeführt werden, weil die Tafel vorher spurlos verschwunden war. Trotz schlechten Wetters kamen nach 9 Uhr vorm. einige hundert Teilnehmer aus den Seitengassen gegen den Ringplatz und gingen im geschlossenen Zug zum Friedhof. Am Grabe der Opfer vom 29. November hielt der Abgeordnete Budig eine Ansprache, der Vertreter der Landwirte hatte sich entschuldigt. Nach den Ausführungen des Herrn Budig ergriff Genosse Abg. Häusler das Wort und sagte: Werie Verbannte, Genossinnen und Genossen! Vor fünf Jahren war diese Stadt der Schauplatz eines furchtbaren Verbrechens. Arbeitsame,

### Eine Buchgemeinschaft der proletarischen Jugend.

Gewaltig sind die Verheerungen, die Schund- und Schmutzliteratur unter der Jugend anrichtet. Wenn man sich die Mühe nimmt und beobachtet, was die Jugend — einschließlic der Arbeiterjugend — liest, so kommt man zu den traurigsten Ergebnissen. Auf der Eisenbahn, während der Arbeitspausen, im Heim — überall finden wir Bücherhand, der von der Arbeiterjugend gierig verschlungen wird. Dabei kann festgestellt werden, daß die Schundliteratur fast in allen Kreisen der Gesellschaft in der gleichen Weise verbreitet ist. Für das Proletariat ist es besonders bedauerlich, daß seine Jugend ungeheure Mengen von Zeit, Kraft und Geld verschwendet, um über Schundbüchern zu sitzen, die Geist und Gemüt verflüchten, gar manche auf Abwege bringen, auf alle Fälle aber die geistige Befreiung des Proletariats hemmen. Am bedauerlichsten ist aber die Tatsache, daß meist mit dem gleichen Aufwand an Kraft und Geld Gutes gelesen werden könnte, daß die Menschen wahren Genuß und Kampfesbegeisterung finden könnten, wenn sie es verständen, sich die Welt der großen Geister der Menschheit zu erschließen.

Die sozialistische Jugendorganisations, die durch ihr Programm verpflichtet ist, die Schundliteratur zu bekämpfen und gute Literatur zu verbreiten, bemüht sich seit ihrem Bestehen, diese Aufgabe zu erfüllen. Sie geht dabei von dem Grundgedanken aus, lieber weniger gegen die Schundliteratur zu predigen, sondern der Arbeiterjugend gute Literatur zu bieten. Die vorhandenen Mittel reichten dazu nicht aus. Bibliotheken sind gewiß sehr wertvoll, aber erstens können sie nicht überall errichtet werden und zweitens werden sie in der Regel von solchen Lesern benützt, die bereits für das gute Buch gewonnen sind. Die bestehenden Parteibuchhandlungen haben sich zweifellos durch die Verbreitung guter Literatur aller Art große Verdienste erworben, aber auch sie können nicht überall eindringen und auch sie erfassen meistens bereits geschulte Leser. Die Kolportage, durch un sinnige gesellschaftliche Beschänkungen gehemmt, ist längst veraltet und verlernt meistens die Bücher sehr. Es müssen also neue Mittel gefunden werden, die es ermöglichen, billige Bücher zu verbreiten und jene zu erfassen, in deren Händen wir diese Bücher wissen wollen. An Stelle des gelegentlichen, planlosen, muß ein organisierter, planmäßiger Büchervertrieb treten.

Diese Erwägungen waren es, die den Sozialistischen Jugendverband veranlaßten, unter dem Namen „Schriftenabteilung“ eine Buchgemeinschaft ins Leben zu rufen. Der Verbandstag im September 1921 faßte diesen Beschluß, der mit Jänner 1922 in Kraft trat. Durch eifrige Propaganda wurde erreicht, daß gleich im ersten Quartal fast 1000 organisierte jugendliche Mitglieder der Buchgemeinschaft wurden. Anfangs herrschte zwar starkes Mißtrauen gegenüber den Leistungen der Schriftenabteilung, als aber die erste Lieferung kam, war es verständlich und belle Vereinerung für diese neue Einrichtung blieb zurück. Die Bücher, die geliefert werden konnten, hätten im Buchhandel das Vierfache gekostet. Inzwischen ist die Anhängerzahl der Buchgemeinschaft immer mehr gewachsen. Mehr als zweihundert Funktionäre arbeiten in selbstloser Weise für diese Institution.

Der große Wert dieser Buchgemeinschaft beruht vor allem darin, daß es möglich ist, durch die Jugendorganisation mit der Schriftenabteilung in die kleinsten Dörfer, wohin oft das ganze Jahr außer dem „Lustigen Bilderläufer“ kein Buch kommt, einzubringen und gute Bücher zurückzulassen. Ferner, daß die Möglichkeit besteht, die

geeigneten Bücher auszuwählen und gerade jene zu liefern, die die Jugendlichen lesen sollen. Daß daneben der Vorzug der Billigkeit nicht der letzte Grund für das Gelingen der Institution ist, ist selbstverständlich.

Die dreißig Bändchen, die im Jahre 1922 zur Auslieferung gelangten, können ihrem Inhalte nach in folgende Gruppen gegliedert werden: Sozialismus und Jugendbewegung sieben Bändchen, Naturwissenschaft und Hygiene sieben Bändchen, zehn erzählende Dichtungen, zwei Gedichtanthologien, eine Ludwig Richter-Mappe, ein Fremdwörterbuch, ein Lieberbuch und einen Jungwoll-Kalender. Im kommenden Jahr ist ein weiterer Ausbau der Buchgemeinschaft geplant; es ist beabsichtigt, verschiedene Werke selbst zu verlegen.

Die Organisation der Buchgemeinschaft erfolgt in der Weise, daß jeder Jugendliche, der sich ihr anschließt, wöchentlich um 1 Krone eine Marke kauft, somit im Jahr 52 Kronen eingahlt. Diese Marken werden auf Karten geliebt, jedes Vierteljahr werden diese Karten mit 13 Marken eingezogen, worauf die Zustellung der Bücher erfolgt. Die Auslieferung findet im März, Juni, September und Dezember statt. In jeder lokalen Jugendorganisation ist ein Genosse, der womöglich selbst Bücherfreund ist, bestimmt, der die Angelegenheiten der Buchgemeinschaft besorgt.

Wenn man bedenkt, daß es Lehrlinge und jugendliche Arbeiterinnen sind, die materiell schlecht bestellt sind, trotz der Krise im Vierteljahre 13 Kr für eine Bücherpartei ausbringen, so kann man mit den Leistungen der Buchgemeinschaft vorläufig gewiß zufrieden sein. Sie ist eine revolutionäre Tat! Tausend jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen bekommen im Jahre 50 Bücher, werden zu Bücherfreunden erzogen, können sich in der Jugendorganisation durch die Buchgemeinschaft den Grundstock zu einer eigenen Bibliothek legen, die sie erweitern und vergrößern werden, wenn sie erwachsen sind. Die Bücher werden aber nicht nur von den Bezieher, sondern von der ganzen Familie, im Nachbar- und Verwandtenkreise gelesen und erfüllen somit vielfach ihren Zweck.

Gewaltige Perspektiven eröffnen sich, wenn das, was Jugendliche mit schwachen Kräften begonnen haben, von Partei und Gewerkschaft im großen Stil nachgehakt würde. Es müßte möglich sein, daß trotz Arbeitslosigkeit und Krise mindestens 10.000 Arbeiter gefunden werden, die bereit sind, in der Woche einen bestimmten Betrag für ihre geistige Befreiung und für die Aufrüstung ihrer Klasse aufzubringen. Wenn von einem Buche 10.000 Exemplare benötigt werden, kann es im eigenen Verlage erscheinen, es besteht somit die Möglichkeit, das wunderliche kapitalistische Verlagsgeschäft und den büßelischen Buchhandel, die sich an den Selbstprodukten lebender und toter Dichter bereichern, aufzuschalten. Sozialistische Dichter müssen verhungern und an der Menschheit verzweifeln, weil sie keine Verleger für ihre Werke finden. Das Proletariat könnte ihnen und sich helfen, wenn es nur wollte. Alle wirklichen Künstler würden lieber fürs Proletariat schaffen, als für den Kapitalismus. Das Proletariat hat sich seine wirtschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Organisationen geschaffen, um sich gegen die Entrechtung zu wehren oder unabhängig zu machen. Selbsthilfe muß auch hier möglich sein, eine Konsumgenossenschaft des Geistes gehört durchaus nicht in das Reich der Utopie. Das Proletariat ist dazu berufen, auch auf diesem Gebiete sich selbst zu befreien und Erneuerer zu sein.

Ernst Paul.

### Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

#### Die Arbeitslosenunterstützung.

##### Verlängerung des Gesetzes.

Die Gültigkeit des Gesetzes über die Arbeitslosenunterstützung endet mit 31. Dezember 1922. Deshalb legte die Regierung der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses eine Vorlage vor, nach der die Wirksamkeit des Gesetzes bis zum 31. Dezember 1923 verlängert wird. Weiters beantragt die Regierungsvorlage einige Änderungen des bisher geltenden Gesetzes, soweit es die Länge der Unterstützung, die Anmeldung freier Stellen beim Arbeitsvermittlungsbüro, die Erteilung der Unterstützung an arbeitslose Angestellte, welche aus dem Betriebe zwar nicht entlassen, aber wegen vorübergehender Einstellung aufgeschoben wurden, betrifft. Neu ist auch die Bestimmung, daß auf Verlangen des Entlassenen die Bestätigung über die Arbeitslosigkeit mit der Begründung der Entlassung zu versehen ist, die Erweiterung der Durchführung von Notstandsarbeiten zugunsten der Länder (Gau), die Befreiung des Reiches physischer Personen zur Benützung der Arbeitsleistung von Personen, die durch den Staat unterstützt werden, und endlich Bestimmungen über die Aufsicht des Ministeriums für soziale Fürsorge bei der Durchführung von Notstandsarbeiten.

#### Gegen den geplanten Anschlag auf die Staatsangehörigen.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses haben die Abgeordneten Genossen Grünzner, Taub und Poffmann an die Gesamtregierung eine dringliche Interpellation betreffend die gesetzliche Regelung der Bezüge der Staats- und öffentlichen Angestellten, sowie der Angestellten der staatlichen Unternehmungen und Fonds für das Jahr 1923 gerichtet.

In der Interpellation wird u. a. gesagt: Mit den Gesetzen vom 21. Dezember 1921, Nr. 495 und 478, wurden die außerordentlichen monatlichen, früher vierteljährlichen Zuschüssen und die monatlichen Rotationszulagen der Staatsangehörigen und der bei staatlichen Unternehmungen und Fonds beschäftigten, sowie die Teuerungszulagen der Angestellten der Selbstverwaltungskörper für das Jahr 1922 festgesetzt. Ferner wurde mit Gesetz vom 13. Juli 1922, Nr. 251, die mit dem Gesetz vom 21. Dezember 1921, Nr. 495, durchbrochene Parität der Bezüge der Lehrerschaft mit den Staatsangehörigen zum Teile wieder hergestellt. Da die Gesetze Nr. 495 und 478 mit Ende dieses Jahres ablaufen, so ist es notwendig, daß die Nationalversammlung auch rechtzeitig in die Lage kommt, über die weitere Geltungsdauer für das Jahr 1923 Beschluß zu fassen. Die Regierung hat jedoch bis zu heutigem Tage weder diesbezügliche Gesetzentwürfe dem Hause vorgelegt, noch sonstwie über ihre Absichten hinsichtlich der Festsetzung der Zulagen für das Jahr 1923 die Öffentlichkeit authentisch informiert. Die Regierung hält sich in tiefes Stillschweigen und ruft dadurch in allen Kreisen der Staats- und öffentlichen Angestellten, sowie der Eisenbahner und Lehrerschaft große Beunruhigung hervor, weil be fürchtet wird, daß die Regierung ebenso wie im Vorjahre das Parlament und die Organisationen der Angestellten im letzten Augenblick mit fertigen Entwürfen zu überraschen und jeden Widerstand unmöglich zu machen. Außerdem ist die gesetzliche Regelung der Stabilisierung der Gehälter und Ortszulagen, sowie der Bezüge der Ruhestandler

zu wiederholten Malen von der Regierung zugesagt worden. Aber auch zur Behandlung dieser dringenden Fragen hat die Regierung dem Hause noch keine Gesetzesvorlagen unterbreitet. Da der Termin des Fristenablaufes der oben erwähnten Gesetze nun immer näher heranrückt und in dem Kreise der Staats- und öffentlichen Angestellten, sowie der Eisenbahner und Lehrer der Verdacht Platz greift, daß in geheimen Beratungen der Regierung mit den Koalitionsparteien ein Anschlag auf die Existenzbedingungen der öffentlichen Angestellten geplant ist, so stellen die Gezeichneten an die Gesamtregierung die Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, dem Abgeordnetenhause unverzüglich bekannt zu geben, welche Gesetzesvorlagen sie hinsichtlich der Regelung der materiellen Verhältnisse der Staats- und öffentlichen Angestellten vorbereitet hat?
2. Ist die Regierung bereit, über den Inhalt dieser Entwürfe unverzüglich mit den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen in Verhandlungen zu treten?

#### Die Wldervertreter.

#### Ein Bodenreformanschlag des Verbandes deutscher Selbstverwaltungskörper.

Mit Rücksicht auf die geplante Wldervertreterstaatlichung hat der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in seiner Sitzung am 11. November 1922 beschloffen, einen Bodenreformanschlag einzuführen, der den Zweck hat, den Selbstverwaltungskörpern den Besitz und die Verwaltung ihrer Wälder zu sichern und ihre gesetzliche Anwartschaft auf Zuteilung beschlagnahmten Waldbodens zu vertreten.

Die konstituierende Sitzung des Ausschusses unter Vorsitz des Abgeordneten Genossen Czernak fand Dienstag, den 28. November vormittags in Prag (Rudolfinum) statt. Dem Ausschuss gehören an: der Klub der deutschen Sozialdemokraten, des deutschen parlamentarischen Verbandes, Vertreter der deutschen Selbstverwaltungskörper, des Zentralverbandes der deutschen Gterbeamten und Angestellten, des Verbandes deutscher Land- und Forstarbeiter, ferner Forsttechniker als sachmnnische Berater. Als Vorsitzende des Ausschusses wurde Abg. Jieřhut, als Stellvertreter Abg. Genosse Schweichart und als Schriftführer Bürgermeister Genosse Uhlir-Graupen gewählt. Nach eingehender Besprechungs wurde eine Reihe zweidienlicher Beschlüsse gefaßt, deren Durchführung im Einvernehmen mit den Gemeinden und Bezirken, sowie den sonstigen Beteiligten in allernächster Zeit erfolgen wird. Der Ausschuss wird u. a. bei den maßgebenden Regierungsstellen vorprechen, um eine Klarstellung der Absichten der Regierung zu erhalten und die Interessen der deutschen Selbstverwaltungskörper, sowie der Gterbeamten, Angestellten und Arbeiter zu vertreten. Die Gemeinden und Bezirke erhalten where Weisungen im Wege des Verbandes der Selbstverwaltungskörper. Zuschriften sind zu richten an den Bodenreformanschlag des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper in Prag-Weinberge, Jungmannova 31.

Ein Volksernhrungsinstitut. Auf Grund der im verflossenen Jahre im Ministerium für Volksernährung abgehaltenen Enquete über das Projekt der Errichtung einer Anstalt zur Ueberprüfung der Nhrungsmittel wird vom genannten Ministerium ein derartiges Institut in der Tschechoslowakischen Republik ins Leben gerufen. Die Anstalt wird zwei Abteilungen besitzen, deren eine der sanitrpolizeilichen Kontrolle der Nhrungsmittel dienen wird, während in der zweiten Abteilung die Mittel zur Verbesserung der Volksernährung geprüft werden sollen.

Copyright 1922 by Der Wall-Verlag, Berlin-Colonier.

### Man nennt mich Zimmermann.

Roman von Upton Sinclair. (24)

Aut. Uebersetzung von Fernyina zur Mühlen

„Geschäfte,“ sprach Zimmermann sinend

„Also sind es die Geschäfte...“

„Ja, die Geschäfte,“ unterbrach ihn T. S.

„Die sind es.“ Er dämpfte die Stimme, blickte sich nach allen Seiten um. „Uebrigens ist es an der Zeit, daß auch wir geschäftlich reden. Herr Zimmermann, ich will Ihnen gegenüber ganz aufrichtig sein, mit offenen Karten spielen. Ich las eben die Zeitung, ersuhr von den Wundern, die Sie tun können — Kranke heilen, Mobb beruhigen und so weiter — und ich glaube, ich muß mein Angebot erhöhen, Herr Zimmermann. Wenn Sie den Kontrakt, den ich in der Tasche habe, unterschreiben, so zahle ich Ihnen tausend Dollars die Woche. Was sagen Sie dazu, mein Freund?“

Zimmermann sagte gar nichts, und der Film

lhnte malte ihm die künstlerischen Triumphe aus, die er erringen würde. „Ich würde für Sie einen Film machen, wie er noch nie gesehen worden ist. Sie können in dem Stück tun, was Sie wollen — alles tun, was Ihnen Freude macht, brauchen nichts zu tun, was Ihnen widerstrebt. Dies hat ich noch keinem Menschen an; Sie aber lenne ich, Herr Zimmermann, verlange von Ihnen bloß, daß Sie Kranke heilen, Mobb beruhigen, wie Sie es heute taten. Ich gebe Ihnen mein Ehrenwort, will es auch, falls Sie es wollen, in den Kontrakt aufnehmen, daß ich nur Bilder aus der Bibel aufführen werde.“

„Das ist sehr freundlich von Ihnen, Herr T. S., und ich danke Ihnen für das Kompliment,

doch fürchte ich, Sie werden für meine Rolle jemand anderen suchen müssen.“

„Bedenken Sie doch, Herr Zimmermann, was es für Sie bedeuten würde, jede Woche tausend Dollars zu erhalten. Sie könnten alle Kinder der Streiter füttern. Meinestwegen dürfen Sie auch meine eigenen freilebenden Arbeiter füttern, falls in der „Ewigen Stadt“ ein Streik ausbricht. Tausend Dollars die Woche sind ein schönes Stück Geld.“

„Das weiß ich, mein Freund.“

„Mehr noch; ich bin bereit, Ihnen bei Unterschreift des Kontrakts fünftausend Dollars zu zahlen — mit diesem Gelde besinnen die Streiter vielleicht sogar das Prinz-Restaurant besiegen.“ Und als Zimmermann noch immer den Kopf schüttelte, sagte er hinzu: „Ich gehe noch höher, mein Freund, aber dies ist mein letztes Angebot. Ich bin bereit, Ihnen fünfzehnhundert Dollars die Woche zu zahlen, habe noch nie einem unbekanntem Schauspieler soviel gezahlt, und ich glaube, in unserer Branche hat auch kein anderer dies getan.“

Aber Zimmermann schüttelte noch immer den Kopf.

„Wollen Sie mir sagen, weshalb Sie nicht auf mein Angebot eingehen, Herr Zimmermann?“

„Freilich. Sie sagen, ich solle für Sie die Mobb beruhigen, d. h. gibt es in Ihrem Geschäft Mobb, mit denen ich nicht fertig werden könnte.“

„Was für Mobb?“

„Unter anderen auch Sie selbst.“

„Ich?“

„Ja, Sie sind ein Mobb — ein Geldmobb! Sie erstrmen die Seelen der Männer und Frauen. Es bedarf einer großeren Macht, um mit Ihnen fertig zu werden.“

„Ich verstehe Sie nicht,“ sagte T. S. hilflos; er überlegte ein wenig, fuhr dann fort:

„Ich gebe ja zu, daß ich ein vulgärer Mensch bin, Herr Zimmermann, und auch meine Filme sind nicht hohe Kunst. Aber wenn Sie mit mir arbeiten wollten, so würden wir Erziehungsskizzen machen. Sie sind, was man einen Propheten nennt, haben der Welt eine Botschaft zu bringen; weshalb wollen Sie nicht, daß ich für Sie diese Botschaft verbreite? Benutzen Sie meinen Apparat, so können Sie zu einer Milliarde Menschen sprechen. Das ist kein Scherz; ich bringe sie alle zu Ihnen — die Japaner, die Chinesen, die Regier — die wollstppigen Schwarzen, die Ihre Missionäre fressen, wenn sie zu ihnen kommen. Ich biete Ihnen die ganze Welt an, Herr Zimmermann, Sie könnten der Herr sein.“

Zimmermann wurde jählings sehr ernst.

„Mein Freund,“ sprach er, „vor langer Zeit lebte ein Prophet, dem wurde die Welt angeboten. Es wird und erzählt: „Wiederum führte ihn der Teufel mit sich auf einen sehr hohen Berg und zeigte ihm alle Reiche der Welt und ihre Herrlichkeit und sprach zu ihm: das alles will ich dir geben, so du niederfllst und mich anbetest.“ Erinnern Sie sich dieser Erzählung, Herr T. S.“

„Rein ich bin kein Literat.“ Jedemfalls aber bemerkte T. S., die Geschichte sei nicht gerade schmeichelhaft für ihn, und er zeigte, daß er geknnt sei. „Ich sage Ihnen, Herr Zimmermann, konnten Sie mich besser, Sie würden mich nicht einen Teufel nennen.“

Der andere legte dem großen Mann die Hand auf die Schulter. „Ich glaube es Ihnen, mein Freund, ich hasse die Sünde, aber ich liebe den Sünder. Wissen Sie was, kommen Sie heute mit mir mittagessen.“

„Mittagessen?“ fragte T. S. verblüfft.

„Ich dinierte gestern abend mit Ihnen. Kommen Sie jetzt mit mir mittagessen.“

„Wo, Herr Zimmermann?“

„Als ich mit Ihnen ging, fragte ich nicht, wohin Sie mich führen.“

Zimmermann winkte mir und Everett, dem Sekretär, und wir vier verließen das Zimmer. Ich besand mich ebenso im Ungewissen wie der Filmsnig, doch schwieg ich. Zimmermann führte uns zum Fahrstuhl, und dann auf die Straße hinaus. „Nein,“ sprach er zu T. S., „Sie brauchen nicht Ihr Automobil zu benützen. Wir gehen bloß um die Ecke.“ Er schob seinen Arm in den des Filmsnigs und führte ihn die Straße entlang — zur geringen Freude seines Opfers, denn bereits folgte uns eine erkannte Menge. Die Leute hatten schon die Nachmittagsbltter gelesen; es war nicht länger möglich, unbemerkt dahinzuzuwandeln, zusammen mit einem Propheten, der eben von Gott kommt und schon vor dem Frühstück Kranke heilt und Mobb beschwichtigt. T. S. biß die Bühne zusammen, ertrug geduldig alles, hoffend, es werde ihm zu seinem Kontrakt verhelfen.

Wir bogen um die Ecke, und da ich sah, was vor uns lag, schrie ich fast vor Vergnügen. Es war zu gut, um wahr zu sein! Zimmermann hatte von den Streikern erfahren, wo sich ihre Streiklche befand, und nun schleppte er mit waghftiger Rhheit den Filmsnig dorthin.

Wir betraten einen leeren Schuppen, in dem bloß lange Tische und alte ungehobelte Bänke standen. Hier saßen in Reihen Frauen und Kinder; vor jedem stand eine Tasse dünner Suppe und eine Blechtasse mit einem hellbraunen Getränk, das man aus Höflichkeit Kaffee nannte. Die Statisten von T. S.' Modigen hatten ein derartiges Mahl verachtet, aber nun sollte T. S. ein guter Kerl sein, auf einer ungehobelten Bank sitzen, es verzehren.

(Fortsetzung folgt.)

Die Auszahlung von Teuerungszuschlägen zu den Bezügen der Kriegbeschädigten für das Jahr 1923. Durch die dem Abgeordnetenhaus vorliegende Novellierung des Gesetzes, durch welches die Auszahlung eines Teuerungszuschlages zu den Bezügen der Kriegbeschädigten geregelt wird, soll eine Vorkehrung für das Jahr 1923 getroffen werden. Das Gesetz vom 20. Februar 1922, Zahl 142 in der Fassung des Gesetzes vom 25. Jänner 1922, Zahl 39 bestimmt im § 42, daß für die Zeit der außerordentlichen Teuerungserhältnisse ein Teuerungszuschlag zu den Bezügen der Kriegbeschädigten ausbezahlt wird. Die Regierung wurde zur Vorlage des vorliegenden Antrages durch die Erwägung bewegt, daß die Voraussetzungen für die Gewährung eines Teuerungszuschlages, also die Teuerung aller Lebensbedürfnisse und die Arbeitslosigkeit bisher fortzubehalten, daß aber die Situation sich dadurch komplizierte, daß die Teuerungserhältnisse sich zwar besserten, andererseits aber sich der Stand auf dem Arbeitsmarkt verschlechterte. Es ist sicher, daß gegenwärtig die wirtschaftlichen und Teuerungsverhältnisse noch nicht genügend geklärt sind, so daß man aus der bisherigen Verbesserung der Teuerungserhältnisse noch nicht einen endgültigen Schluß hinsichtlich der Ermäßigung oder gar Beseitigung des Teuerungszuschlages ziehen kann. Deshalb beläßt die Novelle inszwischen den Teuerungszuschlag und ermächtigt weiter die Regierung, ihn nach den wirtschaftlichen und Teuerungsverhältnissen zu regeln.

Ein Zwangsliquidator für die Verteilung der Baumwolle. Die Regierung hat in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses einen Gesetzentwurf auf Einsetzung eines Zwangsliquidators für die Verteilung der Baumwolle und der Baumwollgarne, welche für vom Staat garantierten Kredit angekauft wurden, eingebracht.

Die weitere Auszahlung der Teuerungszuschläge zu den Bezügen nach dem Gesetze über die Pensionssicherung bildet Gegenstand eines Gesetzesantrages der Regierung. Die Regierung beantragt die Verlängerung der Bestimmung über die Teuerungszuschläge, die nach dem bisherigen Gesetz in Geltung stehen bis zu einer Neuregelung, welche die Regierung im geeigneten Zeitpunkt im Verordnungsweg durchzuführen wird. — Aus denselben Gründen wird auch eine Novelle des Gesetzes über die Verlängerung der Teuerungszuschläge zu den Alters- und Invaliditätsbezügen im künftigen Gebiete von der Regierung vorgelegt.

Der künstliche Zuderpreis. Abg. Genosse Diel hat, wie wir bereits gemeldet haben, in der ständigen Konsumentenkommission einen Antrag eingebracht, worin er auf die drohende Gefahr einer Zuderpreissteigerung aufmerksam macht und den Minister für Volksernährung um sein Einschreiten ersucht, damit die Erhöhung des Zuderpreises unmöglich gemacht wird. Die „Narodni Listy“, das Blatt des tschechischen Finanzkapitals und der Zuderbarone, versuchen nun, diesen Antrag lächerlich zu machen und erzählen, daß die Zuderkapitalisten in ihrer unschuldvollen Reinheit nicht daran denken, die Zuderpreise zu erhöhen. Wenn diese Tatsache wahr ist, dann begreifen wir nicht die Aufregung der „Narodni Listy“, die sich in einer vollen Spalte mit dem Antrage des Genossen Diel beschäftigen. Wenn die Zuderindustriellen nicht daran denken, die Zuderpreise zu erhöhen, dann würde es genügen, wenn sie diese Tatsache einfach feststellten. Ihre Aufregung ist der beste Beweis dafür, daß ihnen ihre Kreise durch den Antrag des Genossen Diel gestört wurden. Ein anderer Beweis ist übrigens der immer häufiger hervorretende Zudermangel. Die Industriellen wollen eben den Zudermangel ausnutzen, um dann leichter den Preis erhöhen zu können. Der aufgeregte Artikel der „Narodni Listy“ ist also eine Wahrung an die Konsumenten, gegenüber den Antrieben der Zuderbarone auf der Hut zu sein.

Die tschechoslowakische Arbeitergemeinschaft und die Wirtschaftskrise. Die Arbeiterkonferenz der Delegierten der in der tschechoslowakischen Arbeitergemeinschaft vereinigten Gewerkschaften (tschech. Nationalsozialisten) hat in Prag eine Konferenz abgehalten. Gegenstand der Beratung war die herrschende Arbeitslosigkeit. In der angenommenen Entschließung wird gefordert, daß die Regierung die wirtschaftlich Schwachen unterstütze und daß auch die Unternehmungen und Banken durch Einschränkung der Gewinne und Verabsetzung der Zinsen Opfer für die Konsolidierung der Verhältnisse bringen. Weiter wird verlangt: energische Preisabbauaktion, Verrückung und Verstärkung der Schulkinder, Inangriffnahme der Sozialversicherung, erhöhte Beiträge für gealterte Arbeiter, Einberufung des Sozialisierungsausschusses nach Beendigung der statistischen Vorarbeiten behufs Fortsetzung der Verhandlung über die Nationalisierung der Gruben und schließlich wird gegen die Beunruhigung durch Gerüchte über eine Reduktion der Bezüge der Angestellten protestiert.

Ein Beschäftigungs-Kommunique. Das Tsch. V. B. veröffentlicht folgende Meldung: Der Bankauschuss beim Finanzministerium hielt am 27. d. M. unter Vorsitz des Finanzministers Dr. Maschin seine ordentliche Monatsitzung ab. Bei Erstattung des Geschäftsberichtes für den Zeitabschnitt vom 15. Oktober bis 15. November 1922 wurde die Situation der tschechoslowakischen Bankinstitute besprochen, und es wurde festgestellt, daß kein Anlaß zur Beunruhigung besteht, und daß der Fall der mährisch-schlesischen Bank vereinzelt bleiben wird. Es wurde auf den ungewöhnlich niedrigen Wechselbestand des Bankanteils verwiesen, sowie auf die Tatsache, daß die gesamte Verschuldung bei dem Bankante gegenwärtig bloß 1880 Millionen Kronen gegenüber 4519 Millionen Kronen vor Jahresfrist beträgt, und auf die gewaltige Kreditreserve, die auf diese

Weise den Banken zur Verfügung steht. Die aus der Rückkehr zu normalen volutarischen und wirtschaftlichen Verhältnissen entspringenden Schwierigkeiten bestehen nicht bloß in unserem Staate, sondern auch in den wohlhabenden west- und nordeuropäischen Staaten und sind dort vielfach erstens Charakters als bei uns. Dabei wurde betont, daß die kritische Situation der erwähnten Bank nicht auf die wirtschaftliche Gesamtlage, sondern auf die nicht sachgemäße und nicht immer gewissenhafte Leitung des Institutes zurückzuführen ist. Bei dem Berichte über den Devisenmarkt wurde konstatiert, daß der Kurs der tschechoslowakischen Krone sich in bemerkenswerter Weise stabilisiert hat, und daß in absehbarer Zeit stärkere Schwankungen nicht zu befürchten sind. Nach Erledigung einiger Bank- und Personalangelegenheiten wurde über die nach Deutschland, Belgien, England und Frankreich unternommene Reise einer Studienkommission berichtet, an der außer den Vertretern der Finanzverwaltung, des obersten Kontrollamtes und des Postbediensteten auch das Bankamt des Finanzministeriums teilnahm, und in der Debatte über die Ereignisse erörterte der Finanzminister in interessanter Weise die Möglichkeit, auch bei uns die Einbürgerung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs zu fördern.

Ein Handelspreisrat. In Durchführung des Gesetzes betreffend die Regelung der Statistik des Außenhandels ist ein Handelspreisrat beim Statistischen Staatsamte errichtet worden. Außer Beamten gehören ihm auch Fachmänner aus den Kreisen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft an. Der Handelspreisrat gliedert sich in 21 Fachabteilungen. Zweck dieses Preisrates ist die genaue Durchführung beziehungsweise Kontrolle der Handelsstatistik.

Die Notenpresse in Deutschösterreich ist in dieser Woche stillgelegt worden. Freilich muß die Einschränkung gemacht werden, daß nun keine Banknoten für staatliche Zwecke gedruckt werden, während für die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens weiter die notwendige Menge von Banknoten bereitgestellt werden muß. Die Entwertung der Währung hat auch in Oesterreich eine große Geldknappheit zur Folge. Die Industrie ist auf den Bankkredit angewiesen und die Banken beschaffen sich das Geld bei der österreichisch-ungarischen Bank. Die Stilllegung der Notenpresse für staatliche Zwecke ist für die nächste Zeit dadurch möglich, daß die Banken der Regierung dreißig Millionen Goldkronen in Devisen gegen Goldschätze zur Verfügung stellen. Außerdem werden in den nächsten Tagen zwanzig Millionen Goldkronen in Schatzscheinen zur Zeichnung aufgelegt werden.

Arbeitermangel in den Vereinigten Staaten. Raum hat eine leichte Besserung der Geschäftslage in den Vereinigten Staaten eingeseht, so macht

sich auch schon ein Mangel an qualifizierten Arbeitskräften bemerkbar. Dies ist auch der Grund der Lohnerhöhungen, welche in den einzelnen Branchen bereits eingetreten sind. Unter der Wirkung des eingetretenen Arbeitermangels beginnt sich auch die Meinung der Lesezeitung in Bezug auf die Einwanderungsgesetzgebung zu ändern. Man weist darauf hin, daß im laufenden Jahr bisher nur 304.000 Personen, darunter unverhältnismäßig viel Kinder und Frauen, zugewandert und etwa 198.000 abgewandert sind. Somit ergibt sich aus dieser Quelle ein Zuwachs der Bevölkerung von wenig mehr als 100.000 Personen, deren Brauchbarkeit für die produktive Arbeit überdies keineswegs eine durchgängige war. Es mehren sich daher die Stimmen, die auf eine schleunige Aenderung der Einwanderergesetze dringen.

**Devisenkurse.**

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	100 Schw. Frank	0'16.95
Berlin	100 Mark	269.92
Wien	100 österr. Kr.	227.00

**Züricher Schlusskurse.**

Berlin	0'06.25	Paris	57'42.50
Wien	0'07.75	Wien	25'80.00
Brno	16'95	Budapest	0'22.75
Holland	212'00	Belgrad	0'00.00
Rem. Port.	5'37	Warschau	0'03.50
London	24'28	Wien alt.	0'00.00

**Prager Kurse.**

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1270.50	1254.50
100 Mark	0'32.50	0'42.50
100 schwed. Frank	859.25	591.75
100 Lire	150.75	132.25
100 franz. Frank	220.25	221.75
1 Pfund Sterling	142.00	143.50
1 Dollar	31'47.50	31'87.50
100 belg. Frank	202.75	204.25
100 Dinar	42.75	42.25
100 österr. Kronen	004.225	004.725
100 poln. Mark	0'14.25	0'24.25
100 magyar. Kronen	1'30.50	1'40.50

**Kunst und Wissen.**

„Die Jüdin“, große Oper in 5 Akten von S. S. v. H. Neues Deutsches Theater, 27. November 1922. Erst nach vierzehn ohne besondere Anerkennung geliebten Opernwerken gelang es Halévy mit der „Jüdin“, im Jahre 1853 an der Pariser großen Oper den entscheidenden Erfolg zu erringen. Indessen blieb Halévy das Glück des Erfolges nicht treu; der immer mehr zur Geltung kommende und die Opernbühne allmählich ganz beherrschende Meyerbeer trägt indirekt die Schuld daran, daß Halévy's sämtliche späteren Opernwerke nahezu unbeachtet blieben. Ein-

# Kundmachung

des Finanzministeriums vom 17. November 1922, Z. 130.409/27.673.

Mit dem Finanzgesetz vom 19. Dezember 1921, Z. 470, S. d. G. u. V., (Art. VI, Absatz 3) wurde der Finanzminister ermächtigt, die im Laufe des Jahres 1922 fälligen Staatsschuldbeträge zu prolongieren. Auf Grund dieser Ermächtigung wird die Finanzverwaltung die am 31. Dezember 1922 fällig werdenden

## 6% (Steuer)-Staatskassenscheine

den Besitzern derselben, auf ihren Wunsch gegen neue Kassenscheine umtauschen.

Die neuen, mit dem Datum vom 31. Dezember 1922 versehenen Kassenscheine werden mit zwei halbjährigen am 1. Juli 1923 und 31. Dezember 1923 fälligen Kupons, in Stücken zu K 500.—, 500.—, 200.— und 100.— ausgegeben und sind am 31. Dezember 1922 fällig.

Die Kassenscheine werden wie bis jetzt Pupillarsicherheit genießen. Ueber die Verjährung der Kapitalforderung und der Zinsen gelten die allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen.

Diese neuen Kassenscheine werden in zweierlei Arten ausgegeben, und zwar:

- 1. Steuerkassenscheine, mit denen die Steuern analog den am 31. Dezember 1922 fällig werdenden Kassenscheinen bezahlt werden können.
- 2. gewöhnliche zu Steuerzahlungen nicht geeignete Kassenscheine.

Die neuen Kassenscheine werden gegen alte im Verhältnis 100 für 100 umgetauscht. Mit ein der Steuerkassenscheine können bis zum 15. Dezember 1922 Steuern oder Gebühren samt Zuhöhr (ausgenommen die Vermögensabgabe und Vermögenszuwachsabgabe) bei der Staatszentral-kasse in Prag, bei allen Staatsfinanzkassen, beim Gefällsamte in Prag, Hauptollamt in Brünn und allen Staats- und städtischen Steuerämtern gezahlt werden; die 6% Kuponzinsen vom 1. Jänner 1922 bzw. — falls die Zahlung nach der Honorierung des Jalkupons erfolgt — vom 1. Juli 1922 bis zum Zahlungstermin exklusiv, werden gleichfalls auf Steuern und Gebühren samt Zuhöhr verrechnet.

Die Anmeldung der Besitzer von zur Fälligkeit gelangenden Kassenscheinen zwecks Umtausch bzw. Prolongation hat zu erfolgen:

- 1. bei den Verbandsbankstellen und ihren Filialen.
- 2. beim Verband der Vorschusskassen.
- 3. beim Bankamte des Finanzministeriums und dessen Filialen.
- 4. beim Postcheckamte in Prag.

und zwar in der Weise, daß die Besitzer gelegentlich der Anmeldung den am 31. Dezember 1922 zur Fälligkeit gelangenden Kassenscheine übergeben und die Prolongationsanmeldung unterfertigen; die Anmeldung ist längstens bis zum 10. Dezember 1922 inklusive vorzunehmen. Die bis zu diesem Termin zum Umtausch nicht angemeldeten, am 31. Dezember 1922 fälligen Kassenscheine werden bar ausbezahlt.

Die Bruchzahl der Kassenscheine, sowie sämtlicher am 31. Dezember 1922 fälligen Kupons, wird in üblicher Weise derart durchgeführt, daß dieselben zur vorläufigen Liquidierung der Liquidator vorgelegt werden können.

Die außer Prag wohnenden Besitzer der zur baren Honorierung vorzulegenden Kassenscheine und Kupons können das Inkasso im Wege des zuständigen Steueramtes beantragen. Die Staatssteuerämter werden ermächtigt, die Kupons dieser Kassenscheine selbst in Baren auszusahlen, insofern der Wert des einzelnen Kupons K 500.— nicht übersteigt und der Kupon nicht älter als 12 Monate ist.

**Finanzministerium.**

zig die kaum ein halbes Jahr nach der „Jüdin“ entstandene komische Oper „Der Blick (P'clair)“ erregte größeres Aufsehen; eine Oper übrigens, die der Wiederverwertung wert wäre. Heute kennt die Nachwelt von den 38 in ungeheurer Fruchtbarkeit geschaffenen Bühnenwerken des großen französischen Komponisten tatsächlich nur die „Jüdin“. Sie ist übrigens bis auf den heutigen Tag Repertoireoper aller großen Bühnen geblieben, weil sie ein musikalisch und dramatisch edles Werk und dabei von außerordentlicher Bühnenwirksamkeit und Donkartigkeit für die Sänger ist. Die montägige Aufführung der „Jüdin“ galt gleich drei Sängergastspielen auf einmal. Vollkommen befriedigt hat nur Hr. Duffa aus Graz als „Mecha“, denn sie besitzt nicht nur einen ergiebigen, schön gepflegten und ausdrucksfähigen hohen dramatischen Sopran, sondern weiß ihn auch künstlerisch-geschmackvoll zu verwenden und durch ein starkes dramatisches Talent zu unterstützen. Herr Greve als Kardinal vermochte nicht zu überzeugen, trotzdem er über ein genug großes und schönes seriöses Vokalmaterial verfügt; denn seine gesanglichen Unmanieren, wie die schiefe Mundstellung und der gequälte Ansatz der e- und i-Vokale wirken abstoßend. Herr Sterned wird er kaum ersehen können, dazu ist er schon viel zu wenig persönlich, um seriöse und Buffarollen singen zu können. Für den dritten Gast des Abends, Hr. Pester aus Aulsta, als Prinzessin Eudozia, ist Schweigen die beste Kritik. —ek.

Neues Theater. Heute Gastspiel Greve-Duffa „Der Freischütz“, Donnerstag „Ritter Klauartz“, Freitag (Erstaufführung), „Clarissa halbes Herz“.

Kleine Bühne. Heute Mittwoch „Bauwau“, Donnerstag Verbandsvorstellung „Waternord“, Samstag und Sonntag Gastspiel Bergan „Clarissa halbes Herz“, Sonntag nachm. „Bauwau“.

**Bereinsnachrichten.**

Zentralverein der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr, Ortsgruppe Prag, Flügelsam. am 4. Donnerstag, den 20. November 1922 im Verein deutscher Arbeiter um 8 Uhr abends wichtige Ausschüttung. 1259

**Mitteilungen aus dem Publikum.**

Das Beste für Ihre Augen liefert Optiker Deutsch, Prag, Graben 25, Kl. Lazar. 189

Umtausch der 6% (Steuer) Staatskassenscheine. Das Finanzministerium gibt bekannt, daß die am 31. Dezember 1922 fällig werdenden 6% (Steuer) Staatskassenscheine den Besitzern derselben auf ihren Wunsch gegen neue Kassenscheine umgetauscht werden. Die näheren Bedingungen sind der in unserem heutigen Blatte veröffentlichten Kundmachung des Finanzministeriums zu entnehmen. 1234

Verleger: Dr. Ludwig Cizek und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Verlags-Gesellschaft, Prag, Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: O. Soltk.

**OSRAM NITRA**

Die Lichtfülle der Osram-Nitra-Lampe bei geringstem Stromverbrauch ist unübertroffen.

**Amerikanische Dauerbrand-Öfen**

Mehr Wärme bei Heizmaterialersparnis!

**AMERICAN HEATING**

Akt.-Gcs. Prag

Národní 32. Tel. 3428

Belegvertandstellen: Reichenberg: Wienerstraße 21. Marlowitz: Kurh. Lothringen Bräun: Salzamtstraße 7. Mähr. Ostrau: Bahnhofstraße 17.